



Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen
e.V. | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

DVParl-Forum
am 19. Oktober 2022 in Berlin,
Deutscher Bundestag
Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.302, 19.30 Uhr

„Bundestag und Bundeswehr - Streitkräfte und Parlament in der Zeitenwende“

Diskussionsrunde

Brigadegeneral Andreas Henne

Stellv. Befehlshaber

Territoriales Führungskommando der Bundeswehr

Dr. Eva Högl

Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Roderich Kiesewetter MdB

Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss

Dr. Christian Mölling

Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Leiter des Programms Sicherheit und Verteidigung

Prof. Dr. Andreas L. Paulus

Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D.

Ko-Direktor des Instituts für Völkerrecht und Europarecht an der Universität Göttingen

Moderation:

Dr. Reinhard Müller

Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Vorsitzender Konstantin Kuhle: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zur heutigen Abendveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen zum Thema „Bundestag und Bundeswehr - Streitkräfte und Parlament in der Zeitenwende“ begrüßen. Ich freue mich sehr, dass dieses brandaktuelle Thema einen solch großen Zuspruch gefunden hat und so viele Menschen heute Abend hier sind, Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, aus der Wissenschaft, aus der Parlamentsverwaltung, aus der Parlamentspraxis, von der Presse. Es ist eine schöne Auszeichnung, dass sich so viele Menschen bereit erklärt haben, heute hier zu sein und mit uns zu diskutieren.

Bevor ich etwas zu dem Thema sage, möchte ich ein paar Worte zur Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen sagen. Sie ist über 50 Jahre alt und ein Austauschforum, das sich besonders an drei Gruppen von Personen richtet: Das sind einmal Parlamentspraktiker, also Abgeordnete, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Büros, aus der Parlamentsverwaltung. Das ist zum Zweiten der Bereich der Presse, der Journalistinnen und Journalisten. Und das ist zum Dritten der Bereich der Wissenschaft, also Forscherinnen und Forscher, die sich mit dem Thema Parlamentarismus auseinandersetzen. Der Sinn, warum es die Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gibt, ist, dass diese drei Gruppen miteinander reden und miteinander ins Gespräch darüber kommen, was wir hier im Deutschen Bundestag eigentlich den ganzen Tag so machen. Und wenn man als Parlamentarier, wie ich es bin, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und mit den Menschen, die als Vertreter der Presse auf uns draufschauen, spricht, dann kann man teilweise Dinge über die anderen Berufsgruppen lernen, aber auch über sich selbst. Das ist wirklich beachtlich und lohnt sich sehr.

Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen hat 600 Mitglieder; das ist viel, kann aber noch mehr werden, und deswegen haben wir uns erlaubt, auf den Tischen Mitgliedsanträge für die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen zu drapieren. Wenn jemand heute Abend auf die Idee kommt, Mitglied der Vereinigung zu werden, dann kann er oder sie diesen Antrag direkt ausfüllen und bei unserem Geschäftsführer, Herrn Dr. Troche, der links von mir sitzt, abgeben. Das können Sie also direkt erledigen. Ich kenne das, als Mitglied einer politischen Partei macht man das. Das Schlimmste, was die Leute sagen können, ist: Ja, gebt mir den Antrag mal, ich nehme den mit nach Hause. - So nicht, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit)

sondern wichtig ist, den Mitgliedsantrag direkt vor Ort auszufüllen und ihn dann bei Herrn Dr. Troche abzugeben, weil das dann auch zu einer nachhaltigen Steigerung unserer Mitgliederzahlen führt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen neben der Organisation von Veranstaltungen wie dieser hier - das machen wir ungefähr zweimal im Jahr - ist die Herausgabe der Zeitschrift für Parlamentsfragen, der ZParl. Liebe Frau Schüttemeyer, schön, dass Sie hier sind. - Sie sehen die ZParl draußen liegen und können sich gern ein Exemplar mitnehmen und es lesen. Und wenn es sie weiterhin geben soll, wissen Sie ja, was zu tun ist; ich habe es gerade gesagt.

Meine Damen und Herren, wir wollen heute über das Thema „Bundestag und Bundeswehr - Streitkräfte und Parlament in der Zeitenwende“ sprechen, und es könnte kaum ein aktuelleres Thema geben angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Und ich glaube, dass all diejenigen Mitglieder des Bundestages, die nicht Mitglied des Verteidigungsausschusses sind - einige sind ja hier -, in den letzten Wochen und Monaten ein ganz neues Verhältnis zum Thema Bundeswehr entwickelt haben. Ich kann mich an keine Zeit erinnern, in der die Bundeswehr eine so wichtige, eine so große Rolle in den Debatten im Bundestag gespielt hat.

Wenn man aber einmal schaut, wie viele Berufssoldaten eigentlich Mitglied des Deutschen Bundestages sind, dann kommt man auf 22 - von 736. Das ist relativ wenig; wenn die Zahl nicht stimmen sollte, wird Eva Högl mich korrigieren, aber es ist eine relative niedrige Zahl. Wehrdienst geleistet haben immerhin 145 Kollegen, und Zivildienst haben 79 geleistet - also immer noch mehr Wehrdienstleistende als Zivildienstleistende.

Ich finde, das sind interessante Zahlen. Man kann aber natürlich auch die Frage stellen, ob das in unserem Staatsaufbau überhaupt ein Kriterium ist, dass Mitglieder des Bundestages selbst bei der Bundeswehr waren. Jedenfalls trägt es dazu bei, dass wir als diejenigen, die ja die politische Verantwortung für Einsätze der Bundeswehr im Ausland tragen, ein besseres Verständnis für das haben, was diese Truppe eigentlich so macht, um den Begriff der Parlamentsarmee mit Leben zu erfüllen.

Den Begriff der Parlamentsarmee kennen wir alle, aber er ist natürlich international schon ein Begriff, der sehr deutsch ist. Heute Abend wollen wir der Frage auf den Grund gehen: Was ist eigentlich das Besondere an dem Begriff der Parlamentsarmee, und wie können wir diesen Begriff mit Leben füllen? - Das ist die Aufgabe des heutigen Abends - über das Haushaltsrecht hinaus, denn dass wir jetzt 100 Milliarden Euro ausgeben wollen, um die Bundeswehr besser auszustatten, ist ja eine Aufgabe des Haushaltsgesetzgebers, aber es gibt noch vieles mehr, was man machen kann.

Wir wollen die Beziehungen zwischen Parlament und Streitkräften heute näher beleuchten. Wir wollen der Frage auf den Grund gehen, was die sogenannte Zeitenwende mit dieser Beziehung macht. Wir wollen auch versuchen, einen Blick auf den europäischen und internationalen Vergleich zu werfen und darauf, wie die Zukunft des Verhältnisses ist.

Für diese Diskussion haben wir einige sehr kundige Expertinnen und Experten gewinnen können. Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass Generalleutnant Mais seine Teilnahme krankheitsbedingt absagen musste. Wir wünschen Herrn Mais von hier aus eine schnelle Genesung. Aber die Bundeswehr hat sehr zügig reagiert und Herrn Brigadegeneral Andreas Henne, Stellvertreter der Befehlshaber beim Territorialen Führungskommando der Bundeswehr, bereitgestellt.

(Heiterkeit und Beifall)

Schön, dass Sie da sind! Vielen Dank.

Wir haben in unserer Mitte eine Diskutantin, ohne die diese Veranstaltung nicht stattfinden kann: Dr. Eva Högl, die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Liebe Eva, schön, dass du da bist, herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich freue mich sehr, dass du da bist, weil du als Wehrbeauftragte sozusagen die Personifizierung des Themas bist, aber auch, weil Eva Högl meine Vorvorgängerin als Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen ist. Sie sehen also: Das ist eine Vereinigung, in der sich die Mitgliedschaft am Ende auch karrieretechnisch wirklich lohnt.

(Heiterkeit)

Insofern darf ich noch einmal unterstreichen, was ich über die Mitgliedsanträge gesagt habe.

Roderich Kiesewetter ist bei uns, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss und, wenn ich das sagen darf, einer der angenehmsten und kundigsten Kollegen, die man sich nur vorstellen kann, und ehemaliger Berufssoldat. Lieber Roderich, toll, dass du hier bist! Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir haben weiterhin zu Gast Dr. Christian Möllig, Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Er leitet hier das Programm Sicherheit und Verteidigung, und auch für ihn waren die letzten Monate eine Zeitenwende, weil sich seine mediale Präsenz in den letzten Monaten signifikant erhöht hat. Wir sind dankbar, dass es so gute Expertinnen und Experten in Ihrer Gesellschaft gibt, die uns immer wieder erklären, was da eigentlich gerade in Europa passiert. Danke, dass Sie heute den wissenschaftlichen Blick auf dieses Thema richten und die Diskussion bereichern.

(Beifall)

Zu meiner Rechten sitzt Prof. Dr. Andreas Paulus, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts und Ko-Direktor des Instituts für Völkerrecht und Europarecht an der Universität Göttingen. Viele wissen es, manche aber auch nicht: Andreas Paulus hat habilitiert zu dem Thema „Parlament und Streitkräfteeinsatz in rechtshistorischer und rechtsvergleichender Perspektive“, ist also im Grunde auch die Personifizierung dieses Themas. Lieber Andres, herzlich willkommen! Schön, dass du den Weg zu uns gefunden hast.

(Beifall)

Damit darf ich das Wort an unseren Hausmoderator, den Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Dr. Reinhard Müller, abgeben. Schön, dass Sie da sind, und vielen Dank, dass Sie das wieder übernehmen.

(Beifall)

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank, Herr Kuhle. Man merkt, dass solche Veranstaltungen für Sie geradezu therapeutischen Charakter nach der Niedersachsenwahl haben. Das ist geradezu eine Kassenleistung hier, in einer wohltuenden Atmosphäre.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen! Ich hatte gerade im Einspruch-Podcast die Bundestagspräsidentin, die sagte: Wir brauchen auch eine Zeitenwende in der Demokratie, was die Beteiligung der Bürger geht. - Wir haben zwar das Primat der Politik, aber heute will ich das Primat - das Recht des ersten Wortes - einmal dem Militär geben, das ja so oft - auch hier - in der Minderzahl ist, auch, wenn viele Sachkundige dabei sind, und Herrn Henne einmal zum Warmwerden fragen: Herr General, ist die Bundeswehr immer noch blank?

Brigadegeneral Andreas Henne: Vielen Dank erst einmal für die Einladung, für die Gelegenheit, hier heute Abend mit Ihnen zu diskutieren.

Das ist natürlich eine Frage, die vielmehr dem eigentlichen Kandidaten, der hier sitzen sollte, hätte gestellt werden können: General Mais, der erkrankt ist. - Ist die Bundeswehr immer noch blank? Da ist eben die Frage, was unsere Ansprüche sind.

Ich will allerdings sagen, dass seit der Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Scholz ja einiges passiert ist in den Streitkräften, wo wir vielleicht nicht ausschließlich auf die Beschaffung von Material gespannt haben, sondern wir uns strukturell gespannt und uns natürlich auch vom sogenannten Mindset her verändert haben.

Strukturell - und da erlauben Sie mir, dass ich das aufgreife, weil es einfach auch das Kommando ist, für das ich stehe - haben wir relativ schnell, ab dem 27. Februar beginnend - die Aufstellungsweisung ist eigentlich viel später gekommen -, begonnen, das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr, aufgestellt hier in Berlin, zum 1.10. mit einer vorübergehenden Fähigkeit auszustatten, die wir dann am 1. April nächsten Jahres vervollständigen wollen. Dieses Kommando führt die Bundeswehr im Inneren, also das, was wir bisher gemacht haben: Hilfsleistungsanträge plus „Host Nation Support“, Aufmarsch usw.

Und verzeihen Sie mir, wenn ich in der Klarheit auch sage: Wir sprechen seit Februar eben auch von dem Szenario des Krieges, und für den Fall, dass es kriegerische Auseinandersetzungen in Deutschland geben sollte, führt dieses Kommando auch dieses Gefecht. Und ich finde, dieses Kommando steht exemplarisch dafür, dass sich in der Bundeswehr die Zeitenwende schon materialisiert hat und wir dort darauf zurückschauen können. Wir stehen also nicht mehr blank da.

Auch das Heer hat ja doch sehr stark die Fähigkeit verbessert, in Litauen usw. Und wenn Sie sehen: Die Luftwaffe war eben nicht nur im Baltikum unterwegs, sondern ist, wenn auch mit überschaubaren Flugzeugen, so doch in Ozeanien gewesen. All das haben wir gemacht.

Und die Voraussetzungen, die geschaffen worden sind zur Beschaffung von Munition: Wir haben Munitionsdepots behalten, zurückgeholt, bauen die aus, bereiten uns vor. Wir verstärken unsere Truppenübungsplätze, um dort Aufmarsch machen zu können.

Also blank sind wir nicht. Wir kriegen das schon alles hin. Klar ist aber, und das wird jedem klar sein, der sich in gewisser Hinsicht mit der Bundeswehr befasst, dass es besser sein kann. Das

greifen wir gerade an, und ich denke, dass wir da dann auch sehr schnell an Fähigkeiten hinzugewinnen werden.

Dr. Reinhard Müller: Das heißt aber schon: Sie haben aufgegriffen, dass die Bundeswehr am 24. Februar, als der Begriff auch gefallen ist, auch öffentlich geäußert wurde, auch für den Gegner öffentlich, schon relativ blank dastand, weil Sie ja gesagt haben: sowohl was die Ausrüstung als auch den Mindset angeht, habe sich jetzt einiges geändert - Zeitenwende. Ehemalige Generäle sind ja jetzt auch Dauer-Talkshowgäste und überbieten sich darin, zu sagen, wie schlecht wir dastanden. Es läuft einem ein bisschen kalt den Rücken herunter, denn das Szenario „große Bedrohung aus dem Osten - russisch/sowjetisch, wenn man so will“ ist nicht ganz neu. Atomare Abschreckung, atomare Bedrohung - da fragt man sich ja schon: War entweder das alles übertrieben oder ist auch jetzt übertrieben, was über den Zustand der Streitkräfte bis zu dem Punkt gesagt wurde?

Brigadegeneral Andreas Henne: Da legen Sie mir jetzt einige Bälle vor die Füße. Ehemalige Generäle müssen es wissen, wie die Bundeswehr dasteht; die haben es ja zu verantworten,

(Dr. Eva Högl: Genau!)

weil in deren Zeit die Bundeswehr so ausgerüstet wurde, wie sie gerade dasteht. - Das ist immer interessant, aber nicht immer nützlich.

Waren wir blank? Nö! Der Auftrag war ein anderer, und das wissen auch alle: dass die internationale Krisenstabilisierung bis dahin unser Auftrag war.

In Wirklichkeit hat die Umsteuerung zur Landes- und Bündnisverteidigung schon vorher begonnen. Uns fehlte halt der richtige Schubs dazu. Also blank waren wir nicht. Und ich sage noch einmal: Mit den Kräften, die wir relativ schnell und wirklich auch reibungslos und kampfstark ins Baltikum gebracht haben, haben wir gezeigt, dass die Bundeswehr einen sehr soliden Kern hat, der kampffähig und durchsetzungsfähig dort wirkt.

Dann noch die Anmerkung zur Bewaffnung: Man kann natürlich immer die Anzahl von Fahrzeugen betrachten und sagen: Die haben mehr! - Das stimmt übrigens auch, die haben mehr als wir. Aber in der Ukraine sehen wir eben gerade auch, dass es auf die Qualität ankommt. Und wenn wenige Panzerhaubitzen 2000 - Roderich Kiesewetter war ja Artillerist - den Unterschied machen können, dann müssen wir eben auch schauen, ob dieses reine Zählen richtig ist.

Wir müssen die Durchhaltefähigkeit in der Bundeswehr erhöhen; das machen wir. Wir müssen den materialen Gesamtumfang erhöhen; das machen wir auch. Wir werden sicherlich auch den einen oder anderen Verband aufstellen müssen, und das tun wir auch. Die Umsteuerung hat begonnen.

Verstehen Sie mich bitte nicht so, dass ich sage: Wir konnten vorher gar nichts. - Wir konnten das, was wir sollten, und haben eben gezeigt, dass wir mit dem, was wir an Truppe und Ausrüstung haben, unsere NATO-Verpflichtungen sehr gut und sehr schnell erfüllt haben.

Dr. Reinhard Müller: Noch eine Frage zur Schnittstelle unseres Themas „Parlament und Streitkräfte“, bevor ich die anderen beteilige: Parlamentsheer - das Stichwort ist schon gefallen: Fluch oder Segen? Ganz unter uns! Wir sind ja hier ...

(Heiterkeit)

Brigadegeneral Andreas Henne: Ich habe zwar die Uniform an, aber wir sitzen ja hier intern, unter Drei sozusagen; das habe ich verstanden.

Parlamentsarmee verstehe ich so, dass sich das Parlament sehr intensiv mit der Bundeswehr befasst und nicht nur mit dem, was eigentlich im Text steht, nämlich nicht nur haushalterisch, sondern auch inhaltlich. Die Wehrbeauftragte ist ein Indiz dafür, dass dem Parlament an der Truppe sehr gelegen ist, und die ständige Präsenz der Uniformträger im Verteidigungsausschuss zeigt uns, dass das Informationsbedürfnis des Parlaments groß ist.

Parlamentsarmee: Darüber hinaus ist das Parlament für mich natürlich auch der Ort des Austauschs von Informationen; ich hatte es gerade gesagt, und eben nicht nur im Ausschuss, sondern dass auch akzeptiert wird, dass wir als Uniformträger uns hier im Bereich des Parlaments bewegen dürfen und auch mit den Abgeordneten sprechen können - und dort auch Dinge vielleicht etwas vertrauter ansprechen können, als es hier der Fall ist. Das heißt also, die große Wahrnehmung des Parlaments gegenüber der Bundeswehr und das Sicheinsetzen für die Bundeswehr ist für mich der große Wesensgehalt dieser parlamentarischen Ordnung und dieser Parlamentsarmee.

Klar - das Parlament stimmt auch über die Einsätze ab; das ist natürlich richtig. Und die Rüstungsvorhaben werden hier erörtert usw. Aber die Offenheit, mit der uns als Soldaten hier begegnet wird, und das Aufgehobenseinfühlen hier im Parlament ist für mich die eigentliche Qualität der Parlamentsarmee. Es wird also keine künstliche Wand - Firewall - zwischen der exekutiven Seite und der legislativen Seite eingezogen, wie es in anderen Ländern durchaus der Fall ist. Wenn ich mit dortigen Kameradinnen und Kameraden spreche, stelle ich fest: Für die ist es ziemlich unverständlich, mit welcher Selbstverständlichkeit wir hier mit unseren Abgeordneten umgehen. Das ist für mich Parlamentsarmee. - Sorry, das war jetzt nicht ganz das, was Sie hören wollten.

(Zuruf: Doch!)

(Heiterkeit)

Ich möchte aber keinen wissenschaftlichen Exkurs darüber machen; dafür haben wir ja Fachleute hier.

Dr. Reinhard Müller: Herzlichen Dank. - Ich schließe nahtlos an mit Frau Högl. Das Amt des Wehrbeauftragten ist allgemein bekannt. Für mich war zum Beispiel neu, dass es so begehrt ist, sodass einige, die es nicht werden oder nicht bleiben, die Politik sogar beleidigt verlassen.

(Heiterkeit)

Das war für mich neu. Das zeigt, das ist ein ganz wichtiger Posten.

Frau Högl, Sie haben eben eifrig genickt, als es um ehemalige Generäle und ihre Verantwortung ging. Wenn von Defiziten der Bundeswehr die Rede ist, dann heißt es ja oft: Ja, ja! Und die Union hat ja auch lange den Verteidigungsminister gestellt und ist auch verantwortlich. - Aber wie ist es eigentlich mit dem Parlament und seiner Verantwortung für den Zustand der Streitkräfte, wenn wir von einem Parlamentsheer sprechen?

Dr. Eva Högl: Erst einmal einen schönen guten Abend! Ich freue mich sehr, dass ich heute Abend hier bin, lieber Konstantin. Herzlichen Dank für die Einladung und für die sehr freundliche und wertschätzende Begrüßung.

Lieber Herr Dr. Müller, zu Ihrer Frage: Das Parlament ist verantwortlich für den Zustand der Bundeswehr - Punkt! Denn das Parlament entscheidet alles, was die Bundeswehr betrifft. Es entscheidet über das Geld - eine ganz wesentliche Entscheidung -, und natürlich treffen die militärische Führung und insbesondere das Bundesministerium der Verteidigung maßgebliche Entscheidungen. Aber auch die werden vom Parlament kontrolliert, sodass ich sagen muss: Wenn es der Bundeswehr nicht gutgeht, dann haben alle diejenigen, die in den letzten Jahren, man kann sogar sagen Jahrzehnten, Verantwortung getragen haben, auch hinsichtlich des Zustandes der Bundeswehr eine Verantwortung. Da kann sich auch niemand wegducken.

Ich finde nur, in der aktuellen Situation hilft es überhaupt nicht weiter, jetzt zu sagen: Der, die, dann dort! - Ich sage Ihnen: Alle Parteien, alle Fraktionen, die jetzt auch in Verantwortung sind, haben irgendwann auf der Strecke auch Verantwortung getragen, und deswegen ist es richtig zu sagen: Wir machen jetzt einen Cut - der Kanzler hat das Zeitenwende genannt - und schauen in die Zukunft und gucken, dass wir jetzt sehr zügig, so wie es General Henne ja auch beschrieben hat, die Bundeswehr flottmachen. Sie ist nicht vollständig einsatzbereit. Sie ist nicht blank - das teile ich auch nicht -, aber sie ist nicht vollständig einsatzbereit. Da gibt es eine ganze Menge zu tun.

Bei Material: Die 100 Milliarden Euro Sondervermögen sind in aller Munde.

Bei Personal: Das halte ich für ein ganz wichtiges Thema: Unsere Bundeswehr hat zurzeit 183 000 Frauen und Männer, alle exzellent, hochprofessionell, hochmotiviert - darauf können wir sehr stolz sein -, aber wir haben viele Vakanz an entscheidenden Stellen, und deswegen ist das Thema Personal eines, auf das ich immer hinweise, also auch heute Abend die Gelegenheit wahrnehme.

Bei Infrastruktur: Wenn Sie einmal in den Kasernen und an den Standorten waren und einen Blick hinter die Kulissen geworfen haben, stellen Sie fest, dass unsere Bundeswehr ihren Dienst in Liegenschaften und Gebäuden tut, die nicht angemessen sind - ich gehe so weit, zu sagen: die zum Teil in einem erbärmlichen Zustand sind, auch ohne WLAN. Es geht also nicht etwa um die Forderung nach einer Luxusausstattung, sondern um nicht ordentlich funktionierende Toiletten, vergammelte Duschen, Unterkünfte, die jeder Beschreibung spotten. Das ist tatsächlich Realität in der Bundeswehr, und das muss zügig verändert werden. Ich führe das nicht weiter aus, all das steht im Jahresbericht.

Vielleicht noch einen Satz, das ist ja mein Kerngeschäft als Wehrbeauftragte - und die Mütter und Väter, die das Amt geformt und die Rechtsgrundlagen aufgeschrieben haben, haben sich das gut überlegt: Mein Kerngeschäft sind einerseits die Grundrechte. Die Wehrbeauftragte ist dazu da, auf die Einhaltung der Grundrechte der Soldatinnen und Soldaten zu achten, in der Grundidee insbesondere in einer Armee mit Wehrpflichtigen, aber auch die Grundsätze der inneren Führung zu wahren. Und das ist etwas, wo ich auch an General Henne anknüpfen kann. Das ist nicht unwesentlich und kein „Nice to have“, sondern eine Frage der Haltung, der Orientierung auf unsere Werte, mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, Staatsbürgerin, Staatsbürger in Uniform sein und so den Auftrag auch anzunehmen. Das ist auch ein Gebot der Lage, in der wir jetzt sind, dass völlig klar ist: Wofür üben unsere Soldatinnen und Soldaten den Auftrag aus?

Ich schließe diese Eingangsbemerkungen damit, dass jetzt vielen in unserer Gesellschaft deutlich wird, wofür wir die Bundeswehr haben und wofür wir sie brauchen. Die Bundeswehr litt in der Vergangenheit nicht unter mangelndem positivem Zuspruch, im Sinne von Wertschätzung und Respekt, aber sie litt unter mangelndem Interesse. Das wurde auch einmal von einem ehemaligen Bundespräsidenten als „das freundliche Desinteresse“ beschrieben, und das spüren die Soldatinnen und Soldaten jetzt.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein Top-Thema. Es gibt nicht nur viel Interesse hier im Deutschen Bundestag - es wurde schon beschrieben, wie sich das jetzt darstellt -, auch weit über den Verteidigungsausschuss hinaus -, sondern es gibt ein großes Interesse in unserer Gesellschaft an dem, was unsere Soldatinnen und Soldaten leisten und wofür sie da sind: nämlich Frieden und Freiheit zu verteidigen. Das spüren sie, über dieses gewachsene Interesse und diese Unterstützung aus der Gesellschaft freuen sie sich.

Dr. Reinhard Müller: Frieden und Freiheit zu verteidigen war ja immer schon in gewisser Weise der Auftrag. Die Lage hat sich sehr stark geändert. Sie haben auch gesagt: Kriegsvorbereitungen. Und Sie sind sozusagen der wandelnde Kummerkasten und haben auch schon angedeutet: Kein WLAN - das kenne ich auch, das steht bei jungen Leuten an erster Stelle. - Aber gibt es auch Äußerungen aus jüngster Zeit - Sie sind ja auch unterwegs -, was diese veränderte Lage angeht, dass man sich darauf einstellen muss, dass vielleicht die Ukrainer - wie auch einige Politiker gemeint haben - nach ein paar Stunden die weiße Fahne gehisst hätten und die Veranstaltung hier so nicht hätte stattfinden können. Wie schlägt sich das nieder bei dem, was Sie hören, wenn Sie sozusagen das Ohr an die Truppe legen?

Dr. Eva Högl: Ich beginne mit einer Anekdote; sie zeigt die veränderte Lage ganz deutlich: Ich habe meinen ersten Auslandstruppenbesuch - wegen Corona konnte ich zu Beginn meiner Amtszeit nicht reisen - im Sommer letzten Jahres in Litauen bei unseren Soldatinnen und Soldaten gemacht. Das war im Juli. Da haben die zu mir in einer großen Gesprächsrunde gesagt: Liebe Frau Högl, helfen Sie uns doch mal, dass sich jemand für uns hier interessiert! Wir machen Vornewegverteidigung gegenüber den Russen, wir unterstützen Litauen. - Und wie wichtig das in Litauen ist, war sehr schnell spürbar - überhaupt keine Frage. Aber die Soldatinnen und Soldaten haben mir gesagt: Wir sind kein mandatiertes Einsatz, haben eine einsatzgleiche Verpflichtung. Das wird nicht im Bundestag debattiert; eigentlich weiß niemand so richtig, was wir hier in Litauen machen, und das finden wir blöd. - Das konnte ich nachvollziehen. Die Lage hat sich - jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Herr Müller - verändert. Oberstleutnant Andrä, der bis

vor kurzem da war, konnte sich vor Besuch und Interesse nicht retten - aber so muss es sein. Es braucht Besuche, es braucht Gespräche, es braucht Interesse, und das will die Truppe auch, das ist nicht nervig.

Unsere Soldatinnen und Soldaten gehen mit der veränderten Lage, das ist mein Eindruck aus den Gesprächen, sehr professionell und sehr ernsthaft um. Sie wissen, dass es ernst werden kann. Sie wissen, dass es unter Umständen schnell gehen muss, und sie wissen, dass sie immer einsatzbereit sein müssen, und das betrifft nicht nur die Soldatinnen und Soldaten, sondern auch die Familien.

Zum Beispiel die Kräfte, die jetzt in die Slowakei verlegen mussten, die Verstärkungskräfte in Litauen, die Soldatinnen und Soldaten, die das Air Policing machen in Rumänien und Estland, mussten sehr zügig verlegen. Einige haben aus der Zeitung erfahren, dass ihre Verbände bei der Verlegung vermutlich gefragt sind. Das ist natürlich nicht so schön, wenn das so kurzfristig läuft.

Aber das heißt, wir müssen die Bundeswehr komplett verändern; das wurde auch in den letzten Jahren immer wieder gesagt: Bündnis- und Landesverteidigung. Aber die Realität war, dass wir im internationalen Krisenmanagement lange im Voraus geplante Auslandseinsätze hatten, auf die sich die Soldatinnen und Soldaten akribisch, aber doch sehr langfristig vorbereitet haben, auch die Familien. Jetzt muss das schnell gehen, und das betrifft auch die Verlegung an die NATO-Ostflanke, aber das betrifft auch die Verbände und die Kräfte, die jetzt gebunden sind in der sogenannten schnellen Eingreiftruppe, in der VJTF (Very High Readiness Joint Task Force). Das ist nicht mehr graue Theorie, im NATO-Verbund diejenigen zu sein, die als Allererste gefragt sind, sondern ist jetzt Realität. Das sind die Kräfte, die dann raus müssen, wenn es ernst wird. Deswegen ist im Grunde genommen die ganze Bundeswehr von Flensburg bis ins Allgäu, von Köln bis Cottbus darauf eingestellt, im Ernstfall auch gefragt zu sein. Das hat die Bundeswehr ganz schön durchgeschüttelt, und das ist noch im Gang.

Dr. Reinhard Müller: Herr Kiesewetter, Sie haben die Bundeswehr von innen erlebt. Früher war es ja so: Es war zwar ein waffenstarreres Blockwetterrücken, aber man konnte relativ sicher sein, dass, wenn was passiert, sowieso alles aus ist, und wenn nichts passiert, kann man auch bei der Bundeswehr eine ruhige Kugel schieben und die Karriereleiter hochklettern. Einsätze - Auslandseinsätze sowieso - waren lange Zeit unwahrscheinlich. Dann kamen Auslandseinsätze. Und jetzt ist die Lage noch einmal anders.

Ich wollte nachfragen: Kriegen wir die besten Leute? Das müssen ja heute womöglich andere sein als früher. Früher gab es die Wehrpflichtarmee und ein großes Potenzial, ein Reservoir an Leuten, die früher vielleicht gar nicht daran gedacht hätten, aber dann an der Bundeswehr Interesse gefunden, Blut geleckt haben - im übertragenen Sinne - und sich dann verpflichtet haben - ein Riesenpotenzial, das dann weggefallen ist. Heute ist ja die Anforderung, wie Frau Högl beschrieben hat, eine ganz andere. Und man hört durchaus auch Klagen: Es gibt zwar womöglich mehr Bewerber als Stellen, aber nicht für jeden Posten. Wie sehen Sie das als ehemaliger Offizier und Parlamentarier?

Roderich Kiesewetter: Vielen Dank, Herr Müller. Aber zuallererst: Herzlichen Dank, Konstantin, für die Einladung. Ich freue mich auch auf spannende Fragen aus dem Auditorium, die nachher gestellt werden.

Herr Müller, ich kann Ihnen keine Antwort auf Ihre Frage geben, weil ich Außenpolitiker bin und mich mit internen Fragen der Bundeswehr nur am Rande beschäftige. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass ich durchweg sehr spannende Zeiten erlebt habe. Für mich selbst waren die spannendsten Zeiten nicht meine acht Jahre im Ausland, bei NATO, EU oder in Auslandseinsätzen, sondern es war der Aufbau Ost, wo ich aus einer funktionierenden Bundeswehr in ein Umfeld gekommen bin, wo wir echt gebraucht wurden, drei Jahre hart gearbeitet haben. Als ich zurückkam, bin ich in eine nicht mehr funktionierende Bundeswehr gekommen und habe viele enttäuschte Soldaten damals - nicht Soldatinnen, höchstens enttäuschte Ärztinnen und Sanitätssoldatinnen - erlebt, weil ab Mitte der 90er Jahre ein Auszehren der Bundeswehr begonnen hatte.

Ich bin der Wehrbeauftragten sehr dankbar, dass sie nicht nur in Tradition ihrer Vorgänger, sondern auch selbst hochaktiv die Frage des Miteinanders, der Stimmung und auch des gesellschaftlichen Aufeinanderzugehens anspricht. Wenn wir heute mit Offizieren sprechen, dann hört man, dass sie vor ganz anderen Herausforderungen stehen als noch vor zwanzig Jahren. Ich selbst hatte als Kommandeur eines Lehrbataillons 32 Raketenwerfer - die ganze Bundeswehr hat heute 38 -, und ich habe immer zugesehen, dass 27 einsatzbereit waren. Das sind Zahlen, von denen wir ganz weit weg sind.

Was enttäuscht heute die Offiziere, die Kommandeure? - Dass sie nicht die Materialverantwortung haben. Die ist outgesourct, wie es so schön heißt. Dafür sind andere zuständig. Das heißt also, die Verantwortung für Personal ja, für Material bedingt, aber nicht für die Einsatzbereitschaft der Truppe, und das muss wieder geändert werden.

Das Zweite, was viele Soldatinnen und Soldaten umtreibt: Die gehen ja nicht zur Bundeswehr, um Work-Life-Balance zu haben, sondern sie wollen - nicht unbedingt etwas erleben - etwas Gutes für unser Land tun. Und da stellt sich schon die Frage, ob es richtig war - im Gegensatz beispielsweise zu unseren Partnern im Eurokorps -, die europäische Arbeitszeitrichtlinie einzuführen und sie dann noch so einzuführen, dass Überstunden nicht entgolten werden, sondern man Überstunden „abfeiern“ muss und dann die Leistungsträger noch mehr wechseln.

Das bedeutet also: Wir brauchen ein anderes Klima in den Streitkräften, sodass die Leistungswilligen und alle Leistungsfähigen auch ganz anders eingebunden werden.

Das Dritte ist, was sich geändert hat: Es ist immer schlecht, wenn man sagt, „Früher war es besser.“, aber was wir unbedingt anpacken sollten, ist das Thema Sicherheitskultur; ich will das jetzt nicht hochtrabend „strategische Kultur“ nennen. Aber früher wussten die Bürgermeister in der Nähe von Garnisonstädten, wenn die Herbstübungen begannen, dass sie gefordert werden. Da wurde die Bevölkerung über Übungsschäden informiert, die Landwirte wussten, es kommt die Truppe. Und die Zugführer, die jungen Hauptfeldwebel oder die jungen Leutnante, mussten alles Mögliche tun, um Landwirte zu überzeugen, dass sie mit ihren acht Raketenwerfern und acht Lkws usw. durch das Gebiet ziehen konnten. Die Bevölkerung ist nicht mehr daran

gewöhnt, und bei den Soldatinnen und Soldaten herrscht eher auch die Einstellung: Na ja, ich kann das über Computerübungen lösen. - Aber da fehlen die Friktionen.

Deshalb will ich schon den Bogen etwas weiterspannen: Was sich unbedingt ändern muss, sind drei Narrative, die auch zu einem Abbau der Bundeswehrfähigkeiten geführt haben. Erstens: Wir sind nicht mehr von Freunden und Partnern umgeben, weil es unsere Freunde und Partner nicht mehr sind. Das heißt, wir brauchen wieder Wehrfähigkeit, und diese Wehrfähigkeit ist einer der Kernpunkte der Zeitenwende, nämlich Landes- und Bündnisverteidigung.

Das Zweite ist, dass wir lernen müssen, dass Sicherheit ihren Preis hat. Wir haben uns auf billige Sicherheit, billige Wertschöpfungsketten und billige Energie verlassen, auf die billige Sicherheit von den USA. Trump hat uns gezeigt, dass er damit nicht so einverstanden war, und das kann wiederkommen.

Das heißt, wir brauchen eine andere Sicherheitskultur und dürfen uns auch nicht mehr darauf verlassen, dass sich die kritischen Staaten vielleicht – nach dem Motto „Wandel durch Handel“ - ändern. Wir haben uns geändert durch unsere Abhängigkeit, weil weder Russland noch China bereit waren, sich zu einer parlamentarischen Demokratie zu entwickeln.

Wenn ich noch an eines anknüpfen darf: Wir haben jetzt ein Loblied auf die Parlamentsarmee gehört und auch auf den guten Austausch hier und die enge Verknüpfung mit der Wehrbeauftragten. Ich will zwei Essigtropfen in den süßen Wein träufeln - Essig ist gesund: Der eine ist, dass wir im Bundestag die einsatzgleichen Verpflichtungen - Eva Högl hat es erwähnt - nicht debattieren, es sei denn, es wird beantragt. Aber wir debattieren Beobachtereinsätze, wo wir vier Soldaten für UNMISS, für die Beobachtung im Südsudan, mandatieren, und behandeln diese Mission genauso, wie wir seinerzeit ISAF behandelt haben oder Mali - hochkomplexe, hochschwierige Operationen - die Beobachtermision also genauso. Das arbeitet Gegnern der Bundeswehr in die Hände, weil sie dann von einer Militarisierung unserer Außenpolitik sprechen, was bei Beobachtermisionen völliger Humbug ist. Sondern wir sollten viel stärker darauf abheben, dass wir so etwas haben wie eine Woche der Sicherheit, wo auch die einsatzgleichen Verpflichtungen debattiert werden, wo der Bundestag stärker eingebunden wird in die Erarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie, denn zur Nationalen Sicherheitsstrategie gehört die Bundeswehr unter anderem. Wenn wir den Anspruch haben, Parlamentsarmee zu sein, dann muss auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie die Rolle des Bundestages berücksichtigt werden und dann müssen wir auch sehr rasch und breit darüber debattieren; da bin ich zuversichtlich.

Ich will also einen Schritt weitergehen: Wir haben - um die Frage da, wo ich mich auskenne, zu beantworten - bei den Offizieren und Unteroffizieren gute Bewerberzahlen, 6 : 1 und 4 : 1. Kritisch ist es bei den Mannschaften, wo wir quasi so viel Bewerber haben wie offene Stellen und wir natürlich nicht alle Bewerber nehmen können, vieles nicht besetzt wird und dann Unteroffiziere oder auch höhere Dienstgrade Aufgaben übernehmen, die eigentlich Mannschaftenssoldaten vorbehalten sind. Das ist nicht gut für die Streitkräfte. Hier muss man mehr für die Attraktivität tun, und darauf baue ich auch.

Dr. Reinhard Müller: Die CDU will ja ein Gesellschaftsjahr, wenn ich das recht in Erinnerung habe. Hat das auch den Hintergrund, dass die Generation, die jetzt womöglich auch zur Bundeswehr geht oder auch nicht, so ein bisschen das entwickelt, was ich auch im eigenen Umfeld beobachte? Ich höre auch aus Anwaltskanzleien so ein bisschen - Work-Life-Balance trifft es nicht ganz, aber man will schon ein gewisses Einkommen. In Großkanzleien haben die als Berufsanfänger ja teilweise ein Chefarztgehalt, aber dann: Freitag früher gehen usw. - Das ist ganz interessant. Ich weiß nicht, woher das kommt, aber es gibt eine gewisse Anspruchshaltung, sodass selbstverständlich vorausgesetzt wird, dass sehr gut bezahlt wird. Das höre ich aus allen Branchen. Die Frage ist: Wollen Sie so etwas mit einem Gesellschaftsjahr bekämpfen? Oder was sind das dann für Leute? Wenn sich das auf eine ganze Generation beziehen sollte, kann man die Frage stellen: Was heißt das für die Wehrfähigkeit - Stichwort Zeitenwende?

Roderich Kiesewetter: Zunächst hat der Bundespräsident einen hervorragenden Vorschlag gemacht, nämlich über ein Pflicht- oder ein Freiwilligenjahr nachzudenken. Ich habe auf dem Bundesparteitag der CDU für ein Freiwilligenjahr geworben und bin unterlegen, weil mit großer Mehrheit das Pflichtjahr verabschiedet wurde. Dazu kann man stehen, wie man will. Jedenfalls kann der Status quo nicht bleiben. Was ist der Status quo? Wir deckeln das Freiwillige Soziale Jahr und im Bundesfreiwilligendienst bei 80.000 Stellen plus etwa 20.000 Stellen für die Bundeswehr. Das macht 100.000 von 700.000 Frauen und Männern eines Geburtsjahres. Das heißt, gerade einmal 15 Prozent eines Geburtsjahrgangs hätten überhaupt die Chance, zu dienen, um das mal so zu sagen.

Ich bin ein Anhänger der Freiwilligkeit, weil ich glaube, dass wir in bestimmten Bereichen Enthusiasmus und Überzeugung brauchen, und ich wenig von Gelehrsamkeit, Druck und Ähnlichem halte, wenn wir was voranbringen wollen. Ich glaube auch, dass der Schwerpunkt auf ziviler Reserve, kritischen Infrastrukturen, Blaulichtorganisationen liegen sollte, weil ich in einer Hightech-Armee - das ist unser Anspruch - nicht mit sechs Monaten, neun Monaten oder zwölf Monaten Wehrdienst auch nur in Ansätzen junge Soldatinnen und Soldaten befähige, die modernen Waffensysteme zu bedienen.

Es sollte auch unser Anspruch sein, dass wir nicht eine Schule der Nation in den Streitkräften aufbauen, weil noch 250 Kasernen und Zwei-Frau- und Zwei-Mann-Zimmer da sind; vor zwölf Jahren hatten wir noch 750 Kasernen. Der Knackpunkt war vielmehr der Ausstieg aus der Verpflichtung, weil wir nur 50.000 junge Männer damals in den Streitkräften gebraucht haben, 100.000 im Ersatzdienst waren und 180.000 nichts machen mussten; sie wurden damals - furchtbarer Begriff! - untauglich geschrieben.

Deswegen ist es doch viel hilfreicher, wenn die Streitkräfte Spitzenleute bekommen und wir ein anderes Klima schaffen, dass junge Leute gerne den Dienst leisten, dass Firmen fragen: „Mensch, warst du in irgendeinem der Freiwilligendienste?“, und dass wir die Freiwilligendienste anreizen - ich blicke auf kritische Infrastrukturen, ich blicke auf Blaulichtorganisationen, dass wir eben sagen: Wir bieten Mobilitätszuschläge, Lehrzeitverkürzungen, Studien-Credit-Points. Aber viel wichtiger wäre ein Anreiz wie beispielsweise ein Lkw-Führerschein, ein Computerschein, eine Rettungssanitäterausbildung als Mehrwert, sodass man immer ein zweites Standbein hat. Ich glaube, das ist viel entscheidender. Und wenn dann auch etwas für die Streitkräfte abfällt, wäre das sehr gut. Wir sollten es andersherumdrehen und deswegen auch nicht über Pflicht sprechen, weil der Eingriff in die Freiheit eben nur rechtlich über Staatsnotstand zu

definieren ist, und das brauchen wir nicht herbeizureden und schon gar keine Niederlage für diesen Staat vor Gericht. Deswegen bin ich ein ganz starker Anhänger von Aufschließen auf 300.000 bis 400.000 Stellen, um das einfach attraktiver zu machen.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. - Herr Paulus, Sie waren freiwillig beim Bundesverfassungsgericht - glaube ich jedenfalls -, sind auch freiwillig wieder ausgeschieden. Das Gericht ist ja eine Institution, die dauernd Suppen einbrockt, die es selbst nicht auslöffeln kann, so auch die Erfindung des Parlamentsheeres. Das steht weder explizit in der Verfassung, noch lässt es sich so ganz einfach einleiten. Es war so eine Art politische Entscheidung, weil man gesehen hat: Die Lage ändert sich. Deutschland ist wiedervereinigt, wird international gebraucht. Wie können wir jetzt begründen, dass deutsche Soldaten nach Somalia oder in den Kosovo usw. müssen? - frage ich mal etwas polemisch. Sie waren damals naturgemäß nicht dabei, aber: Haben Sie eine überzeugende Herleitung, warum wir in Deutschland jetzt relativ einzigartig in dieser Form eine Parlamentsarmee haben? Und was gibt es aus Ihrer Sicht für Probleme?

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Das war damals eine verfahrenere politische Situation. Man hatte ja diese Woche ein ganz anderes Beispiel für eine verfahrenere Situation, und das Bundesverfassungsgericht hat die damals gelöst mit einer Begründung, die ich selber - da kann ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen - in meiner Habilitationsschrift als unvertretbar bezeichnet habe, denn die beiden Argumente stimmten nicht: Die deutsche Geschichte hätte immer ein Parlamentsheer gekannt. - Das habe ich untersucht. Es gab in der Tat einen Versuch zum Parlamentsheer 1848/49, und das ist gescheitert, abgesehen davon: Das Wort Parlamentsheer ist ja schon von vornherein falsch. Was macht der Rest der Armee eigentlich? - Das stimmte nicht so ganz. Und der eine Monat im Deutschen Kaiserreich, wo das eine richtige Demokratie nach unseren Gesichtspunkten war, reicht dafür sicherlich nicht aus. In der Weimarer Republik war das wieder ganz anders.

Also das war eine Begründung, die etwas gewollt war. Aber es gibt eine andere Begründung, die das Verfassungsgericht dann nachgeschoben hat in den Nullerjahren sozusagen, die zweite AWACS-Entscheidung - die AWACS-Türkei-Entscheidung - wobei das nicht für zwei Einsätze, sondern für einen Einsatz stand; das war während des Irakkrieges. Die Verteidigung der Türkei, obwohl die ja vielleicht nicht als Aufmarschgebiet des Angreifers dargestellt war, auch das ist haarig. Da hat man dann gesagt, und das ist das Wichtige, das ist der zweite Punkt, auf dem die Bundeswehr auch verfassungsrechtlich fußt: Das ist eine Frage des Demokratieprinzips, des Parlamentsvorbehalts, dass nämlich Soldatinnen und Soldaten nicht ins Ausland geschickt werden, ohne die demokratische Rückendeckung der Vertreter des ganzen Volkes - der unmittelbar Gewählten - zu haben. Also einerseits die Wichtigkeit, aber bei dieser Frage läuft das ja unter Wesentlichkeitstheorien. Juristisch ist das immer so eine Sache: Was ist das Wesen des Wesens, und was ist wesentlich? Das ist natürlich eine wichtige Frage, ein Auslandseinsatz, und dazu kam eben die Entsendung auch von Berufssoldaten, aber auch von freiwillig dienenden Soldatinnen und Soldaten ins Ausland.

Ein dritter Grund ist, dass eine Fortentwicklung von Verträgen, die man geschlossen hat, die auch dort nicht so in dieser Weise inbegriffen ist - weder in der Charta der Vereinten Nationen steht was von Blauhelmeinsätzen im Ausland noch im NATO-Vertrag -, also: Wenn sich die Verträge fortentwickeln, dann muss das Parlament sozusagen als Ausgleich dann beteiligt sein, wenn die Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Aber ich glaube, die Hauptsache der Wesentlichkeit ist ziemlich klar, das ist eine Grundrechtsfrage auch, und da sollen eben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier beitragen, wenn sie schon kein Gesetz gemacht haben im Wege eines Vertragsgesetzes, dann sollen sie doch für den einzelnen Einsatz da sein. Das heißt sich sogar ein bisschen mit Artikel 65a Grundgesetz. Da ist es ja die - heute - Bundesministerin der Verteidigung oder der Bundeskanzler, je nach Situation, der die Befehls- und Kommandogewalt hat. Die ist dadurch, wie so oft, parlamentarisch unterfüttert. Wie man sonst für so vieles ein Gesetz braucht, braucht man hier dann eben eine Zustimmung. Wie das dann austariert wird, ist auch noch einmal eine interessante Frage. In der Entscheidung 1994 hat das Gericht mehr oder weniger vorgeschlagen, das solle man doch gesetzlich regeln. Dann hat das Parlament unter Schmerzen - das war ein langer Prozess - ein Parlamentsbeteiligungsgesetz gemacht, nur um dann in der AWACS-Türkei-Entscheidung zu hören zu bekommen: Ja, das sei ja ein guter Indikator, aber in Wirklichkeit gelten natürlich - Vorrang der Verfassung - die Verfassungsprinzipien für die Frage, was ein Einsatz ist.

Wenn man das dann über die Frage - Wozu stimmt der Bundestag eigentlich zu? - ausdehnt, dann kann man sogar die Frage stellen, ob im Parlamentsbeteiligungsgesetz nicht ein bisschen zu viel steht, also: Welche Waffen werden eingesetzt usw.? Ob das wirklich eine verpflichtende Parlamentszustimmung ist, darüber kann man sich verfassungsrechtlich streiten.

Das Problem, das wir jetzt haben, ist natürlich, dass das alles für die Auslandseinsätze war, während das Grundgesetz eben davon ausging - Sie hatten es anfangs auch erwähnt -, dass wir Streitkräfte zur Verteidigung haben. Die Bundeswehr wird zur Verteidigung eingesetzt. Und außer zur Verteidigung, steht in Absatz 2 noch einmal klar, kann sie eben nur eingesetzt werden, wenn das Grundgesetz das ausdrücklich vorsieht. - Das hat man dann weggedrückt und gesagt: Das gilt nur für die Einsätze im Innern. - Ich finde das nicht. Dann kommt man zu der Urfrage: Ist für einen Einsatz der Armee immer eine Verfassungsbestimmung zuständig? Da gab es in den 50er Jahren - ganz am Anfang - den Kampf um den Wehrbeitrag, da ging es genau um diese Frage.

Also man sieht sozusagen, wie sich diese Frage durch die gesamte Teilverfassungsgeschichte der Bundesrepublik zieht. Und jetzt steht man natürlich vor der Frage: Was ist bei der Parlamentsbeteiligung, wenn wir wieder zurück zur klassischen Verteidigungsaufgabe kommen? Da gibt das Grundgesetz Bestimmungen, die sich erstaunlich aktuell lesen. Da hat man lange Zeit gesagt: Na ja, diese Notstandsgesetze - das ist doch gar nicht die Realität! - Wenn man heute liest, was in Artikel 80a zum Spannungsfall steht, und dann von Sabotageakten hört und sieht, die passieren, dann ist das gar nicht mehr so absurd. Plötzlich wird das ganz realistisch. Dass wir den Verteidigungsfall haben, hoffen wir alle mal nicht; da möchte ich jetzt nicht reingehen. Aber da sieht man: Wie ist da dann eigentlich die Beteiligung des Parlaments?

Man kann es ja auch aus der deutschen Verfassungsgeschichte ableiten - 1848/49 hat es nicht funktioniert. Und warum ist es im Ausland anders? In Amerika ist „war by committee“ geradezu ein Schreckenswort in den Streitkräften, dass ein Parlamentsausschuss sozusagen über Einsätze entscheidet. Wobei das gar nicht so weit weg von der NATO-Wirklichkeit ist, zwar nicht ein Committee aus Parlamentariern, aber der Kosovo-Einsatz, als es damals direkt gegen Serbien ging, wurde auch direkt von einem NATO-Ausschuss mitgeprägt und mitbestimmt und nicht nur von den Streitkräften selber. Also auch da gab es eine politische Kontrolle der Streitkräfte.

Heute ist es ganz interessant: Das Parlament fordert zum Teil einen stärkeren Waffeneinsatz, als die Bundesregierung meint verantworten zu können. Das ist auch eine Situation, das ist auch nicht geplant. Man hat immer gedacht: Das Parlament zieht zurück - kantisch gedacht. Demokratien wollen nicht in den Krieg ziehen, weil das dann das bürgerliche Leben stört. Und plötzlich sieht man: Auch das verschiebt sich.

Ich glaube, wir müssen in dieser Situation noch einmal über viele Fragen nachdenken, vielleicht doch noch mal den Spannungsfall, die ganzen Gesetze, die sich darauf beziehen, durchforsten: Was davon ist heute eigentlich noch so tragbar? Und wenn man das einmal modifiziert, muss man schauen, ob dann das Parlament vielleicht und auch die Wehrbeauftragte als die Beauftragte des Parlaments da eine stärkere Rolle bekommen.

Dr. Reinhard Müller: Also Zeitenwende auch für die Wehrverfassung - jedenfalls Überprüfung der Wehrverfassung?

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Ja, wieder zurück zur Verteidigungsaufgabe, denn wenn die Verteidigungsaufgabe wieder im Mittelpunkt steht, stellt sich die Frage, wie man die Parlamentsbeteiligung nachzieht. Kein „war by committee“ - das sollte man nicht machen -, aber auf der anderen Seite auch keine parlamentsfreien Einsätze, „nur“ weil es um Verteidigung geht und die in der Verfassung vorgeprägt ist - übrigens Verteidigung nicht nur des Landes, sondern auch des Bündnisses, das ist ein wichtiger Punkt. Da muss man in der Verfassung ein bisschen suchen, aber das folgt daraus, indirekt jedenfalls.

Dr. Reinhard Müller: Herr Mölling, Suchen in der Verfassung ist anderen vielleicht nicht fremd, aber in dem Zusammenhang vielleicht eher fremder, wobei die Parlamente durchaus auch in anderen Staaten etwas zu sagen, auch viel zu sagen haben. Aber wie sehen Sie die deutsche Debatte oder das deutsche System der Parlamentsarmee, jetzt auch gerade, wenn es ernster wird und man über den Tellerrand blickt?

Dr. Christian Mölling: Ich glaube, man kann ein bisschen da anknüpfen, wo Roderich Kiesewetter über die sicherheitspolitische Kultur gesprochen hat. Wir haben über 30 Jahre eine theoretische Armee gehabt, weil auch die Bedrohung drumherum theoretisch gewesen ist. Wir haben ein Teil Desinteresse gehabt - das stimmt -, ich glaube, wir haben aber auch gleichzeitig eine hohe Ablehnung eines besonderen Engagements gehabt. Also es ist nicht nur ein Desinteresse, Passivität, sondern auch ein aktives Dagegenarbeiten gewesen.

Lassen Sie mich vielleicht drei Sachen zu dem sagen, was jetzt schon gesagt worden ist. Das Erste ist - ich hoffe, ich kann alles aufs Parlament zurückbinden: Es ist kein Zurück, das wir machen werden. Es geht nicht zurück in irgendeinen Kalten Krieg oder in die Zeit davor oder sonst irgendetwas, sondern wir sehen uns einem Spektrum von Risiken und Bedrohungen gegenüber, das sehr diffus ist, wo Sie mittelfristig auch sehen werden, dass das Militär gar nicht mal der entscheidende Faktor ist. Es ist zwar eins von vielen Instrumenten, aber was das Entscheidende ist, ist die Vernetzung der Instrumente. Das ist das, was unsere Gegner zurzeit am besten beherrschen, besser beherrschen als wir. Das ist in Demokratien erst einmal sowieso schon schwierig, also den Faktor Zeit für sich zu gewinnen. Und es wird umso schwieriger, wenn Sie jetzt anfangen müssen, Instrumente nicht nur der Außenpolitik untereinander zu vernetzen,

sondern auch noch die Außen- und Innenpolitik miteinander zu vernetzen. Das beste Beispiel ist Cyber.

Aber wenn Sie weiter in den sicherheitspolitischen Bereich gehen, erhebt sich die Frage: Wie gehen Sie in Zukunft mit Risiken von Klima oder biologischen Risiken um? Das fordert sowohl den Bundestag als auch - nach derzeitigem Stand - die Landesparlamente. Das heißt, es gibt hier eine ganz große Aufgabe, die wahrscheinlich auch eine ganze Menge verfassungstheoretischer Fragen mit sich bringt, aber das ist, glaube ich, der Punkt, wo wir draufschauen müssen: Wie kann der Bundestag insgesamt - und nicht der Verteidigungsausschuss, denn dafür ist er dann irgendwann auch nicht mehr zuständig -, wie kriegt das Parlament das hin, diese Republik tatsächlich für eine ganz andere Form von Konflikt aufzustellen?

Wir haben eben - Frau Högl hat das gesagt - gehört: Für die Verteidigung ist dieses Parlament als wesentlicher Akteur zuständig. Ohne die konstitutive Zustimmung dieses Parlaments funktioniert das nicht.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Gedanken anbringen: Auch die Trennung - das ist gerade so eine Mode; wir machen jetzt hier Landes- und Bündnisverteidigung, und Kriseneinsätze machen wir nicht mehr - ist bald wieder vorbei, weil wir feststellen werden, dass dieser Konflikt in dem Sinne keine Grenzen kennt und dass da eine geostrategische Auseinandersetzung stattfindet, wo wir am leichtesten anzugreifen sind. Ob das hier ist oder da, wo unsere Interdependenzen liegen, Zehntausende Kilometer von hier entfernt, ist nicht interessant, sondern wir verengen dann den Blick auf einmal auf etwas, weil wir glauben, wir hätten eine Definition gefunden. Landes- und Bündnisverteidigung heißt aber heute eben nicht mehr, dass das Militär allein das leisten wird. Diese Brücke zu schlagen zwischen den Ausschüssen, wie die in Zukunft zusammenarbeiten - oder wie muss man das strukturieren? -, ist, glaube ich, eine interessante Aufgabe. Ich bin allerdings kein Parlamentspolitikwissenschaftler. Das kann ich nicht leisten.

Ganz zum Anfang zurück: Ich glaube, dass wir noch blank sind. Oder was heißt blank? Wir sind immer noch in dem Status, den General Mais als blank definiert hat; wollen wir es mal so definieren. Wir brauchen uns nicht um das Wort „blank“ zu streiten. - Ja, wir haben die 100 Milliarden; das ist ein Potenzial. Aber Potenziale müssen aktiviert werden, und das ist noch nicht passiert, zumindest nicht zu einem großen Teil. Wir haben auch den Rest dessen, was passieren muss. Es geht ja nicht um die 100 Milliarden, sondern es gibt den ganz normalen Betrieb. Auch der hat sich nicht wesentlich verändert. Natürlich ist es das einfachste - und das ist auch nicht einfach -, erst einmal die Organisation richtig aufzustellen, absolut d'accord, aber in einer singulären Situation der letzten 30 Jahre, nämlich einen Krieg in Europa zu haben, dafür sind wir noch ziemlich entspannt, muss ich sagen. Ich habe jetzt also noch nicht einen 24-Stunden-Betrieb in den entscheidenden Schaltzentralen gesehen.

Was kann das Parlament in dem Zusammenhang machen? Ich will das nicht als einen Punkt in Richtung der Bundesregierung sehen. Das Parlament ist wesentlich dafür zuständig, sowohl was die Prozesse als auch die Produkte betrifft, die sie im materiellen Bereich - also Panzer, Flugzeuge, was auch immer - hat. Sie definieren die Regeln dafür. Sie definieren die Regeln, wie wir beschaffen müssen und was wir beschaffen müssen - und nicht speziell im militärischen Bereich, sondern die allgemeinen Regeln für Arbeitsplatzverordnungen usw. gelten auch für das

militärische Material. Das ist zu einem gewissen Teil auch gut so. In anderen Streitkräften, beispielsweise in Frankreich, kennt man diese Regeln gar nicht. Dementsprechend sehen die Fahrzeuge allerdings auch aus.

Aber diese Voraussetzungen sind eine - ich will nicht Last sagen - zusätzliche Herausforderung für die Beschaffungsprozesse. Sie verlangsamen sie zu einem gewissen Teil, und weil sich die Rechtslagen immer wieder ändern, werden unsere Produktprozesse oder die Bestimmungsprozesse - was kaufen wir denn eigentlich? - immer wieder verzögert, außer Kraft gesetzt. Hier haben wir ein Problem, für das ich zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung habe. Einfache Lösungen gibt es da auch nicht. Aber das muss man ganz klar sehen, dass sich der Gesetzgeber hier überlegen muss, wie er denn eine Armee zustande bringen will, die verteidigungsfähig ist.

Wenn Sie auf die letzten 20 Jahre zurückblicken, sehen Sie, dass im Bereich der Beschaffung alle Akteure alles richtiggemacht haben. Aber wir sind zu einem großen Teil verteidigungsunfähig. Das kann nicht Sinn der Sache sein, dass sich alle an die richtigen Regeln halten, sie aber in der Summe etwas produzieren, was ineffektiv ist. Da sehe ich eine wesentliche Aufgabe des Parlaments, und weiter nach vorn geschaut, ist, glaube ich, die Frage, wie das Parlament an sich selbst im Grunde arbeiten oder sich ändern kann. Das „an sich selbst“ meine ich ganz bewusst. Es geht nicht um eine Externalisierung von Problemen an Dritte, sondern darum: Wie muss dieses Parlament mit sich selbst, mit seinen Akteuren umgehen und sich selbst aufstellen, um in Zukunft tatsächlich verteidigungsfähig zu sein und dieses Land auch als eine wehrhafte Demokratie führen zu können?

Ich will mal einen Satz bringen, der in dem Zusammenhang für mich leitend war. Den habe ich 2006 schon gehört, und ich habe ihn 2022 wieder gehört: Wir dürfen doch den Krieg nicht herbeireden! - Aussage von Parlamentariern sowohl Anfang 2022 als auch 2006 - Einsatz Kongo - zu der Frage: Wie weit dürfen wir Krieg planen? - Das hat mich damals schon erschreckt und erschreckt mich bis heute. Das ist nicht die Schuld eines einzelnen Parlamentariers, es ist die Haltung, die in einer Institution da ist, dass, wenn wir Krieg denken, ihn dann auch führen. Das kann man, solange das alles blanke Theorie ist, so stehenlassen; da kümmert sich auch keiner drum. Das hat aber dazu geführt, dass wir heute eine Bundesregierung haben und vielleicht auch ein Parlament haben, das bestimmte Situationen, in denen es um Leben und Tod geht, das erste Mal durchdenkt. Und ich kann deswegen verstehen, dass die Bundesregierung große Probleme hat, bestimmte Sachen routiniert abzuarbeiten. Aber das ist eine Aufgabe für ein Parlament, sich in die Lage zu versetzen, nicht über einzelne Waffensysteme zu entscheiden, sondern über die Frage: Was sind eigentlich die sicherheitspolitischen Prioritäten? - Und die Frage des einzelnen Waffensystems, die überlasse ich am besten den Leuten, die dafür ausgebildet worden sind. Das Vertrauen dürfen Sie in diese Bundeswehr haben, dass hier keiner und keine leichtfertig mit Mensch, Material und dem Tod anderer Menschen umgeht. Das Vertrauen habe ich zumindest in diese Bundeswehr in den letzten 20 Jahren gewonnen, wo ich mit diesen Menschen zusammenarbeite. Da ist, glaube ich, eine wesentliche Aufgabe, nämlich die Politisierung - nicht nur des Verteidigungsausschusses, sondern der anderen Ausschüsse mit Blick auf die Frage: Was ist politisch wichtig in dem Zusammenhang? - Und es ist nicht das einzelne Waffensystem, das in dem Zusammenhang eine Rolle spielt. Mein wesentliches Petitionum ist - deswegen höre ich jetzt auch auf: Es wäre toll, wenn ich dazu einen Anschluss leisten könnte, und ich stehe gern zur Diskussion bereit.

Dr. Reinhard Müller: Eine Nachfrage, weil Sie sagten: „Wir haben verlernt“ oder „Wir haben Krieg nie gedacht“ oder in solchen Szenarien nicht gedacht. Selbst Macron - immerhin Präsident eines Landes, das Atommacht und ein klassisches Interventionsland ist, hat neulich nicht nur gesagt: „Wir wollen keinen dritten Weltkrieg.“, sondern auch: „Wir werden nicht nuklear antworten, wenn Putin mit Atomwaffen angreift.“ - Ich meine, solche Sätze sind natürlich auch abschreckungsmäßig fatal, muss man sagen, und das kommt von einem Präsidenten eines Landes mit dieser Tradition und dieser Bedeutung auch das Militärischen. Da kann man sich ja kaum wundern, dass es erst recht in Deutschland dieses Denken nicht gibt, oder?

Dr. Christian Mölling: Da muss man tief in die französische Geschichte einsteigen. Um es kurz zu machen: Das französische Militär denkt schon seit Längerem um; die haben auch gemerkt, dass sie das hochintensive Gefecht wieder können müssen. Das ist in der zivilen Führung vielleicht noch nicht komplett angekommen.

Ich war erstaunt über die Aussage von Macron. Ich glaube nicht, dass sie aus derselben Motivation herrührt, aus der der Kanzler seine Äußerungen damals im „Spiegel“ gemacht hat. Ich glaube, dass das wirklich eine Betroffenheit bei ihm gewesen ist. Ich glaube, bei Macron - unter Dreien - ist das ein bewusstes Signal gewesen, das man da gesendet hat, das aber ähnlich fatal tatsächlich gewesen ist.

Aber die Franzosen gehören zu denjenigen, die in der langen Tradition - genauso wie die Briten - Krieg immer wieder geplant haben, einfach, um vorbereitet zu sein. Das würde ich an dem Punkt abtrennen. Die französischen Militärs bewegen sich schon lange zurück in die Richtung, dass sie sagen: Afrika ist nicht unsere einzige Aufgabe, sondern wir müssen sehr viel komplexere Aufgaben bewältigen können.

Dr. Reinhard Müller: Herzlichen Dank. - Nun ist es an der Zeit für Fragen aus dem Publikum. - Bitte schön!

Ulrich Lechte: Ich bin außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und freue mich, heute hier sein zu dürfen, weil es immer wieder ein Moment ist, wo man einfach eine Stunde zuhört und neue Gedankengänge erfährt und vielleicht ein paar neue Synapsen bilden kann. Ich würde sagen: Was ich herausgehört habe, ist, dass wir erst einmal dankbar sein dürfen, dass wir nicht selbst angegriffen worden sind, sondern uns mit hypothetischen Diskussionen über das beschäftigen dürfen, was vielleicht sein müsste, was sein könnte usw.

Die Bundeswehr wird nicht abstreiten, Herr General Henne, dass Koblenz schon ein Alptraum ist, was die Beschaffungssachen betrifft, und dass wir uns in vielen Punkten immer gern selbst im Weg stehen. Wenn ich höre, dass Systeme auf dem Markt sind, die gekauft werden könnten, aber nicht gekauft werden, weil die Ansprüche der Bundeswehr sind, dass man lieber noch fünf Jahre wartet und dann das nächste System bekommt, weil es ja noch viel, viel besser ist, bin ich immer im Zweifel darüber, ob man wirklich erkannt hat, wie der Ernst der Lage ist.

Wenn der Kanzler davon spricht, dass wir einen Raketenschirm für Europa brauchen, dann würde ich mal sagen: Wir bräuchten eigentlich die ganze Zeit schon einen, weil 500 Iskander-Raketen in Kaliningrad rumstehen und jede Hauptstadt in Europa innerhalb von 4 bis 12 Minuten erreichen und uns einfach mal alle auslöschen können. Also es könnte jetzt so sein: Die

Rakete fliegt los, wir bleiben hier einfach alle sitzen, und dann explodiert die da drüben, und dann sind wir fort. - Das sind ja die real existierenden Bedrohungen.

Ihnen, Herr Prof. Mölling, bin ich auch sehr dankbar, dass Sie noch einmal darauf hingewiesen haben, dass es nicht immer nur um Landes- und Bündnisverteidigung geht, denn wir sind sehr, sehr schnell im einfachen Denken momentan unterwegs, sondern wenn die Außenpolitiker sagen, wir wollen gern in Mali drinbleiben: Ich habe Verständnis dafür, dass die Verteidigungspolitiker alles nach Hause holen wollen, um uns zu verteidigen, aber am Ende kann es ja nicht sein, dass 800 russische Soldaten einen seit 10 Jahren währenden Einsatz in Mali einfach ad absurdum führen und sich der Westen einfach zurückzieht und am Ende die Flüchtlingsströme - wenn sie kommen - alle Richtung Europa gehen und wir dadurch dort unten überhaupt kein Problem gelöst haben.

Ich würde gern von Ihnen wissen, Herr General Henne, wie Sie denn zu diesen langsamen Prozessen stehen, ob ich das jetzt einfach zu flapsig beschrieben habe oder ob wir da irgendwas hinbekommen.

Und generell - auch an Herrn Professor Mölling - noch einmal die Frage - wir haben ja eine gewisse deutsche Krankheit: wir reden immer alles schlecht. Unsere Bundeswehr ist schlecht, wir haben zu wenige Standorte, wir haben alles versäumt usw. Ich finde das immer ganz fürchterlich. Das Erste, was der Inspekteur des Heeres erzählt, ist: Wir sind nicht verteidigungsfähig an dem Tag, an dem Europa angegriffen wird. - Das finde ich immer ein bisschen kritisch. Da können wir auch gleich sagen: Da können sie auch gleich zu uns kommen und uns gleich mitnehmen, weil: Wir haben nichts in petto.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich finde, das ist auch eine deutsche Krankheit, dass wir immer alles schlechtreden und zerreden müssen. Dazu würde ich gern von Prof. Mölling noch einmal eine Einschätzung hören.

Dr. Reinhard Müller: Ich würde gern die Frage anschließen, weil die dazu passt: Wie viele von den in Königsberg stationierten Raketen gehen überhaupt los? Wie viele explodieren dort? Wie viele kehren um und treffen Königsberg? Denn eine Erkenntnis ist ja, dass auch die Russen sehr, sehr blank sind und erstaunlich schwach im Feld, an Personal, an der Ausrüstung usw., was einen ja auf diese schreckliche Weise etwas beruhigen kann, was aber auch viele nicht gesehen haben.

Ulrich Lechte: Sie sind in der Propaganda einfach besser als wir, die Russen.

Brigadegeneral Andreas Henne: Herzlichen Dank für die Frage. Eigentlich haben wir Teile der Beantwortung in den Antworten hier bereits gehabt. Ich will natürlich trotzdem sehr gerne darauf eingehen und werde nicht einstimmen in das Biden-Bashing, das ja so beliebt ist, sondern will einfach zwei Dinge anfügen.

Zur Schnelligkeit: Die Bundeswehr hat sehr schnell den „Mungo“ beschafft, den Sie kennen, basierend auf den Kehrmaschinen von Multicar. Das ging schnell, war ja alles modern, was man damals gesagt hat. Am Ende des Tages hatte Krauss-Maffei Wegmann, um die Firma zu nennen,

das Ding komplett neu gebaut, weil es in Afghanistan einfach nicht die Haltbarkeit an den Tag gelegt hat, die es braucht. Hätte man etwas genauer getestet, hätte man es vorher erfahren. Andersherum haben wir den „Dingo“ genauso beschafft - den hat die Firma sich selber ausgedacht; den hat jemand gesehen und hat gesagt, das können wir brauchen - und sind mit ihm ziemlich erfolgreich in Afghanistan herumgefahren. Er hat vielen Soldatinnen und Soldaten das Leben gerettet. Man muss also die richtige Balance finden. Das System war ausgereift, hatte ein ausgereiftes Fahrwerk usw. Aber bei einem Großwaffensystem wie einem neuen Kampfpanzer - der ja nicht in 10 Jahren gekauft wird und dann am nächsten Tag schon wieder alt sein kann, sondern er muss ja 30, 40 Jahre halten - muss man sich Gedanken darüber machen, welche Technologie wir dafür verwenden.

Geschwindigkeit und Regeln - das ist, glaube ich, eine Sache, die uns am meisten ärgert. Sie kennen die Beispiele für den Transport von Schwangeren im hinteren Kampfraum des „Pumas“. Das ist ein beliebtes Beispiel, dass das eine der Testbedingungen war, um das Fahrzeug zuzulassen. Wenn eine Schwangere im hinteren Kampfraum des „Pumas“ transportiert wird, hat sie andere Probleme als die Luftbelastung mit Diesel- und Hydrauliköldämpfen. Dann will sie schnell gerettet werden. Aber das ist das, was Herr Möllig gesagt hat: Wenn wir die zivilen Regeln nutzen und nicht die Ausnahmeregelungen, die für Streitkräfte zur Verfügung stehen, dann werden wir das nie hinkriegen, dann werden wir einen „Puma“ haben, der, bevor er rückwärts fährt, eine Gedenksekunde einlegt, weil dahinter ja jemand sein könnte, der auffährt. - Ja, das kann passieren. Aber vor allen Dingen - ich bin Panzersoldat - hat der Richtschütze in dem feindlichen „Leopard“ oder in dem feindlichen Kampfpanzer die Chance, eine Sekunde länger auf ein stehendes Ziel zu richten, und jeder Militär wird sagen: Das ist jetzt irgendwie doof!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und ich glaube, der entscheidende Weg - und der wird gerade beschritten - ist, die Ausnahmeregelungen, die die Europäische Vergaberichtlinie für Streitkräfte zur Verfügung stellt, auch wirklich auszunutzen und offensiv auszunutzen, und das übrigens in allen Bereichen. Vielleicht brauchen wir dann auch nicht ganz so viele - ich will keinem auf die Füße treten - Juristen, sondern können uns mehr um die Beschaffung kümmern und dergleichen.

Noch einmal - das hatte einmal Minister de Maizière gesagt: Rüstungsbeschaffung sollte sein und ist immer an der Spitze der Technologie. Und da müssen wir halt auch akzeptieren, dass Dinge mal schiefgehen. Wenn Sie einen F-35 Kampfjet für den europäischen Flugverkehr zulassen wollen, dann geht das nicht, weil er nichts von dem hat, was ein ziviles Verkehrsflugzeug hat. Also müssen militärische Ausnahmeregelungen gezogen werden. Die werden gezogen, das Ding wird zugelassen - Ende, aus, Micky Maus!

Dr. Reinhard Müller: Herr Mölling, Sie waren noch angesprochen.

Dr. Christian Möllig: Ja, vielen Dank. - Erst einmal: Ich bin kein Professor. - Vielleicht werde ich es ja noch.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Nein, das gehört in diesem Job zur Ehrlichkeit dazu, weil Titel ja doch irgendwas bedeuten.

Ist alles schlecht? - So generell kann man das nicht sagen. Herr Henne hat ja gerade noch einmal wichtige Sachen angesprochen, wo man sagen muss: Da ist einfach viel, was dysfunktional ist. Ich glaube, das trifft es einfach. Und wir haben mit dieser Dysfunktionalität lange gelebt, weil es halt eben nicht drauf angekommen ist. Jetzt ist die Frage: Was ändern wir da?

Ich kann das mit Ausnahmeregeln machen - ich will das jetzt nicht zu technisch machen -, aber sagen: Wir haben einen solchen Wust an Regeln! Das eine sind die Beschaffungsregeln. Wie Herr Henne gerade gesagt hat: Artikel 346 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union), den es schon seit unendlich langen Zeiten gibt, hätten wir schon immer nutzen können. Das ist eine politische Entscheidung, das nicht zu tun.

Aber die ganze Germanisierung von Material, das heißt also, Sachen bei uns zuzulassen, dass die nach deutschen Regeln fahren - wahrscheinlich bis zum Blinker -, das wird die große Frage sein. Wenn wir das machen, wenn wir sagen, wir kaufen aus dem Shelf, also aus dem Regal heraus, dann ist das wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so ganz wahr, weil wir nämlich alles erst einmal noch durch den deutschen Luftraum bringen müssen oder aber: Der General, der für die Luftsicherheit zuständig ist, erteilt eine permanente Ausnahmeregelung, für die er zum jetzigen Zeitpunkt persönlich haftet.

Jetzt ist möglicherweise das Parlament gefragt. Wie entledige ich mich – als diese Person - dieser Aufgabe? - Das ist nur die Spitze eines Eisberges. Wir haben in den letzten Wochen einige Seminare gehabt mit der Industrie zusammen, die uns über diese Beschaffungsproblematik und die Zulassungsproblematiken aufgeklärt hat. - Das hat überhaupt nicht geendet! Ich will das gar nicht ausbreiten, aber das ist etwas, wo wir noch gar nicht wissen, wo das Ende der Fahnenstange eigentlich ist, was da drin ist, und ich weiß nicht, wie man das lösen kann. Aber wie gesagt: Das sind die Gesetze, die vom Gesetzgeber geschaffen worden sind. Also sind Sie gefragt, an der Lösung mitzuarbeiten, sicherlich mit der Hilfe des einen oder anderen Experten, um diese Sachen in die Luft zu kriegen. Denn ansonsten wird das nichts mit der schnellen Beschaffung - auch nichts mit dem schnellen Geldausgeben.

Dr. Reinhard Müller: Frau Högl sitzt ganz unruhig als Gesetzgeberin.

Dr. Eva Högl: Ich bin ja nicht mehr Gesetzgeberin. Ich arbeite für den Gesetzgeber und bin das Hilfsorgan des Deutschen Bundestages. Aber ich möchte ganz kurz noch einmal darauf hinweisen, dass der Gesetzgeber, die Koalition, das, was Sie geschildert haben, erkannt hat und als allererste Maßnahme die Anwendung von Artikel 346 AEUV in den Blick genommen hat und gesagt hat, genau das, was Sie anmahnen, nämlich die Ausnahmen, die es für den militärischen Bereich gibt, auch zu nutzen und auch das Vergaberecht dergestalt zu vereinfachen, dass die Schwellenwerte für die freihändige Vergabe von 1.000 Euro auf 5.000 Euro gesetzt werden. Das hilft jetzt noch nicht im großen Ganzen, aber das sind ganz wesentliche Maßnahmen, die bei der Beschaffung jedenfalls in die richtige Richtung gehen. Deswegen war ich etwas unruhig und wollte das kurz ergänzen.

Dr. Reinhard Müller: Noch eine Frage aus dem Publikum.

Lucas Koppehl: Ich bin Referent im Wissenschaftlichen Dienst, nebenbei auch Reserveoffizier: Ich würde sagen, Herr Professor Paulus, das geht eher in Ihre Richtung, aber jeder andere darf natürlich auch Stellung nehmen. Ich formuliere es bewusst einmal etwas unbedarft: Irre ich mich in dem Verdacht, den ich schon seit einiger Zeit habe, dass der Zustand der Bundeswehr - Stichwort Bestand, Beschaffung, Zivilkultur - alles, was heute auch gefallen ist - auch ganz wesentlich damit zusammenhängt, dass das Grundgesetz die Bundeswehr unterteilt in Streitkräfte - Artikel 87a GG - und Wehrverwaltung - Artikel 87b GG? Ist es das wert, einmal darüber nachzudenken, an dieses Brett ranzugehen, oder irre ich mich? Das würde ich gerne wissen. - Danke.

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Wenn ich direkt antworten darf: Ich glaube nicht, ehrlich gesagt, dass der Casus knacksus ist, dass wir eine Wehrverwaltung haben. Die werden wir auf jeden Fall brauchen. Wir wollen ja die Soldaten nicht auch noch die Verwaltung machen lassen. Das wollen Sie, glaube ich, gar nicht. Wenn Sie dann Inspekteur sind, vielleicht, aber nicht unbedingt davor.

Also: Selbstverwaltende Armee - ich weiß nicht, ob uns damit wirklich gedient ist. Aber das hindert ja nicht daran, dass da das gegenseitige Verhältnis stimmt. Das Grundgesetz schließt keineswegs aus, dass Wehrverwaltung und Streitkräfte dann auch konstruktiv zusammenarbeiten und man unter Umständen gesetzlich regelt, wie Beschaffungen funktionieren, oder ob der Haushaltsausschuss mit einbezogen wird. Das wird nicht durch die Trennung zwischen Artikel 87a und 87b GG erreicht.

Brauchen wir Artikel 87b GG überhaupt? Ja, gut, das ist ein bisschen eine Geschmacksfrage. Sonst wäre, wenn man das jetzt ganz theoretisch sieht, die Wehrverwaltung Sache der Länder. Das wollen wir nun gar nicht - das wollen die Länder auch nicht.

(Heiterkeit)

Das macht offensichtlich keinen Sinn. - Ich glaube sicher: Wenn es Artikel 87b GG nicht gäbe, hätte man ihn verfassungsrechtlich über Natur der Sache oder per Annexkompetenz gelöst, aber der stört uns jedenfalls nicht.

Dr. Reinhard Müller: Wobei, interessant ist in der Tat, wie auch mal ein ehemaliger Verteidigungsminister sagte: Da liegt irgendwie ein Problem. - Vielleicht sehen das die Praktiker dann doch etwas anders.

(Zuruf: Ja, wo ist denn das Problem?)

- Ich weiß es nicht. Aber Annexkompetenz müssten wir dann in der Tat annehmen, aber nicht so abstrakt. - Bitte schön, ja.

Joachim Wels: Ich bin eigentlich nur noch Rentner, aber Oberstleutnant der Reserve und Master in dem militärwissenschaftlichen Studiengang von Potsdam. - Ich wollte doch noch einmal auf die Wehrpflicht zurückkommen. Als ich 1966 das Abitur ablegte, war ich der einzige aus meiner Klasse, der zur Bundeswehr musste. Verweigert hat da keiner; das taten anständige Menschen damals noch nicht. Aber die haben mit manipulierten Attesten gearbeitet.

Als mein Sohn im Jahr 2004 Abitur machte, waren es von 60 männlichen Absolventen 2, die zur Bundeswehr mussten. Da war natürlich über die Hälfte Verweigerer, dann auch wieder die manipulierten Atteste, oder die Zahnsperre kam drei Wochen vor der Musterung rein und am Tag danach wurde sie wieder rausgenommen.

Daraus habe ich zunächst einmal geschlossen, dass unser System nicht willens und imstande ist, irgendwie Wehrgerechtigkeit zu erzeugen, und habe darum auch für die Abschaffung der Wehrpflicht plädiert - bis zum 22. Februar (sic!) dieses Jahres. Aber am 23. Februar (sic!) hatten wir ja die bekannte Zeitenwende, und jetzt stelle ich erstens fest: Ohne Wehrpflicht würde es die Ukraine nicht mehr geben.

Zweitens: Diese vielbeschworenen Spezialisten, die wir brauchen, oder auch unsere Offiziere mit dem zivilen Master an den Bundeswehrhochschulen sind doch nicht die, die im Ernstfall die Schützengräben oder die Kabel der Bundesbahn oder die Elektrizitätswerke verteidigen.

Und dann die Frage, ob das also zu kurz sei, dass man daraus keinen Nutzen ziehen könnte: Ich hatte das Vergnügen, dieses in letzter Zeit zweimal mit Schweizer Divisionären zu diskutieren, und die haben gesagt: Wenn wir für die Armee über längere Verträge beschäftigte IT-Spezialisten, Cyberspezialisten und so etwas kriegen wollten, kriegte man bei den Gehältern, die im Staatsdienst gezahlt werden, allerhöchstens die dritte Garnitur. Weil wir aber die Kurzwehrlpflicht mit vier Monaten haben, sind alle Spezialisten - die allerbesten und die Ersten in der Branche - in das Militär mit eingebunden und arbeiten da auch in Arbeitskreisen mit und bringen die Hightech-Ideen aus ihren zivilen Firmen da mit ein. - Gerade für die Hightech-Branche ist die Wehrpflicht also ein großer Vorteil nach Ansicht unserer Schweizer Kollegen.

Dr. Reinhard Müller: Für die Schweiz oder auch Israel - wer fühlt sich berufen zu antworten? - Ein wehrhafter Staat?

Dr. Christian Mölling: Ich bin ja mal Beamter in der Schweiz gewesen und kann für das Schweizer Verteidigungsministerium sagen: Die Schweiz hat keine Wehrgerechtigkeit gehabt. Die Leute haben sich rausgekauft; es ist ein calvinistisches Land, sie konnten sich freikaufen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es gibt noch eine „Folkloregruppe“, die da ein bisschen Armee macht, aber ansonsten ist da nicht mehr viel, gerade weil die Schweiz als Volkswirtschaft gesehen hat: Dieses eine Jahr, die meine Jungs nicht da sind, verursacht einen wirtschaftlichen Schaden. - Das konnten die ausrechnen.

Was Israel angeht usw. - alles interessant -, erhebt sich die Frage: Funktioniert denn all das bei uns? Ich glaube auch nicht, dass wir in 15 oder 20 Jahren - wenn wir dann sozusagen wieder in der Lage wären, eine saubere wehrdienstleistende Organisation zu haben, wenn wir sie heute entscheiden würden - noch Soldatinnen und Soldaten in Schützengräben schicken würden, weil uns das menschliche Leben und die Arbeitskraft so viel mehr wert ist, dass wir sagen: Das machen wir gar nicht mehr. - Wir müssen ja jetzt schon davon ausgehen, dass wir in Zukunft auch keine Pilotenbesatzungen mehr in die nächste Generation der Hubschrauber setzen werden,

zumindest dann nicht, wenn es um schwierige Einsätze gehen wird, weil wir einfach die Workforce brauchen. Das fühlt sich noch ganz weit weg an, aber letztendlich, wenn Sie in die Planung der Luftwaffe hineinschauen, die ja immer 20, 30 Jahre vorausschaut, dann können Sie das schon sehr deutlich sehen. Der menschliche Operateur ist viel zu wertvoll, als dass Sie den noch in ein Kampfflugzeug setzen. Den brauchen Sie, um eine sinnvolle Entscheidung am Boden zu treffen, denn Sie wollen ja immer noch, dass es eine menschliche Entscheidung in dem Zusammenhang gibt. Also ich bin da eher skeptisch, was diese Modellierungen angeht, und ich glaube nicht, dass wir so nah an dem israelischen Modell dran sind. Da ist eine ganz andere sicherheitspolitische Kultur dahinter.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. - Dort war noch eine Frage.

Johannes Huber: Ich bin fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag und möchte meine Frage auf das Sondervermögen konzentrieren. Bevor ich zur Frage komme, eine kurze Herleitung, denn ich möchte mich schon dem Kollegen Lechte und auch Herrn Mölling anschließen, einerseits, dass auch die Landesverteidigung Deutschlands eine reale Option ist, andererseits aber auch, dass der Faktor Zeit nicht unbedingt für eine Parlamentsarmee spricht, weil es da strukturell zu Nachteilen kommen kann. Aber unabhängig davon akzeptiere ich natürlich das Primat. Ich habe aufgrund dessen natürlich auch den 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zugestimmt, möchte aber schon auch sagen, denn die weltpolitische Lage ist ja derart ausgestaltet, wenn man den großen Blick praktisch von oben auf Erde richtet, dass sich ja nicht nur in der Ukraine das Geschehen zuspitzt, sondern sich das Geschehen auch insoweit zuspitzt, als auch ein globaler Zwei-Fronten-Krieg im Bereich des Möglichen wäre, wenn sich der Konflikt China - Taiwan zuspitzt und die USA - von denen wir sicherheitspolitisch abhängig sind - sich auch darauf konzentrieren müssen, zusammen mit einer - auch in den USA - existierenden Finanz- und Wirtschaftskrise aktuell. Auch wenn möglicherweise der Fokus dann aus Europa weggeht, sind wir als Europa und auch Deutschland umso mehr gefragt, auch die Verteidigungsfähigkeit der eigenen Länder bereitzustellen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Frau Högl, die vielleicht am nächsten dran ist, auch zu dem Sondervermögen befragen und den aktuellen Umsetzungen, die, das habe ich zumindest herausgefunden, noch ziemlich am Anfang stehen, obwohl der Beschluss des Bundestages vier Monate zurückliegt. Ein Monat ist vergangen, weil Bundespräsident Steinmeier rechtliche und verwaltungstechnisch bedingt dann erst die Unterschrift leisten konnte. Die letzten drei Monate sind deswegen vergangen - so die Auskunft des Verteidigungsministeriums -, weil der Ausschreibungsprozess immer noch andauert. Ich habe auch schon in der Wirtschaft gearbeitet und weiß deswegen, dass auch Ausschreibungsprozesse weniger als drei Monate dauern könnten. Vielleicht, Frau Högl, haben Sie dort besondere Erkenntnisse, sodass Sie uns mitteilen können, wann denn dieser Ausschreibungsprozess, bis die ersten Anschaffungen getätigt werden können, beendet ist und wir tatsächlich auch die ersten Anschaffungen aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr tätigen können? Denn um im Bild zu bleiben: Die Bundeswehr ist aus meiner Sicht blanker als am 24. Februar 2022 - durch die Waffenlieferungen an die Ukraine, aber auch dadurch, dass die Bundesregierung bis dato nicht die Materialien, die sie im Ringtausch weggegeben hat, ersetzt hat. Da möchte ich General Henne fragen, wo er denn, wenn er einkaufen könnte, zuerst anfangen würde.

An Herrn Kiesewetter noch die kurze Nachfrage, weil er möglicherweise in einem besseren Austausch mit der deutschen Rüstungsindustrie steht als ich - das meine ich gar nicht böse -, ob die deutsche Rüstungsindustrie in der Lage ist, die Bundeswehr auch in der Kürze der Zeit verteidigungsfähig zu machen.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. Frau Högl hat ja schon ausgeführt, dass sie nicht mehr Gesetzgeberin, sondern sozusagen Angestellte ist. Aber wenn Sie sich berufen fühlen? - Sonst kann Herr Kiesewetter antworten.

Dr. Eva Högl: Ja, ich wollte sagen, Herr Abgeordneter, dass ich die falsche Ansprechperson bin für die Frage: Wie wird das Sondervermögen ausgegeben? Ich verfolge das natürlich intensiv, weil das unsere Soldatinnen und Soldaten betrifft, aber das geschieht im Rahmen des dafür vorgesehenen Wirtschaftsplans. Das erfolgt genauso wie sonst auch im Bundeshaushalt auf der Basis von 25-Millionen-Vorlagen. Das heißt, es wird vom Ministerium entschieden: Was wird angeschafft? Dann geht das wiederum ins Parlament. Das ist also ein Zusammenspiel aus militärischer Führung, politischer Führung, Bundesministerium der Verteidigung und des Parlaments. Daraus entstehen dann die Beschaffungen, und die Wehrbeauftragte begleitet das natürlich intensiv.

Dr. Reinhard Müller: Herr Kiesewetter, würden Sie antworten?

Roderich Kiesewetter: Gern. - Zunächst einmal, weil Sie die Verteidigungsfähigkeit ansprechen: Verteidigungsfähigkeit ist ja mehr. Das ist nicht nur der verfassungsrechtliche Rahmen und auch der politische Wille, auch die Fähigkeit, generell kämpfen zu können und zu wollen, sondern das ist auch eine Abfolge von Übungen, vor allen Dingen nicht nur Übungen im Computerraum, sondern mit Verbündeten, mit Alliierten, auch um die Friktionen mitzubekommen im öffentlichen Raum.

Das Zweite ist Standardisierung und Interoperabilität. Das heißt also, dass wir in Europa etwa 178 Waffensysteme haben, die Vereinigten Staaten 36, dass die Fähigkeit zur Zusammenarbeit durch unterschiedliche EDV-Systeme und Schnittstellen, sprich „Drehstuhl, Laptops“ kompensiert werden müssen, und da steckt sehr viel Musik drin, wenn es denn gelingen würde, auch mit Blick auf die Digitalisierung und die entsprechenden Fähigkeiten für die Rüstungsindustrie.

Dazu kommt noch etwas anderes: dass wir den Bundestag und das Finanzministerium, das Verteidigungsministerium bei den Beschaffungen entlasten, indem wir die schon 30 Jahre alten sogenannten 25-Millionen-Vorlagen auf bis zu 200 Millionen ausweiten, sodass die Beschaffung erfolgen kann und nicht langfristige Ausschreibungen erfolgen müssen. Bei den Ausschreibungen ist auch sehr stark danach zu schauen, wie es die Partner machen. Frankreich schaut zuerst: Was können sie selber? Dann wird europäisch ausgeschrieben. Bei uns ist es umgekehrt. Wir könnten auch vieles einfach durch eigenes Vorgehen ändern.

Zur Rüstungsindustrie noch kurz: Klar ist sie in der Lage! Die deutsche Rüstungsindustrie hat, nachdem der Bundeskanzler das 100-Milliarden-Paket - auf das ich gleich eingehe - vorschlug, bereits - weil das Vorarbeiten von Frau Kramp-Karrenbauer waren - es war ein 102-Milliarden-Paket, dann wurde daraus - etwas besser zugeschnitten - ein 100-Milliarden-Paket, ein paar

Ideen geäußert, was sie machen können. Zugleich hat die Rüstungsindustrie in der Unterstützung der Ukraine 65 Rüstungsgüter identifiziert, die sie sofort oder mit zeitlichem Vorlauf innerhalb von sechs Monaten aufbereiten kann. An der Rüstungsindustrie lag es nicht zwingend.

Es ist auch wichtig, dass nicht nur der Kanzler im Kanzleramt, sondern in regelmäßigen Abständen die Verteidigungsministerin - das fand nicht statt, auch bei den anderen Verteidigungsministerinnen nicht - einen Gipfel mit der Rüstungsindustrie macht, sei es jährlich, sei es zweijährlich, um bestimmte Bereiche abzustimmen. Da besteht Nachholbedarf.

Aber nun zum 100-Milliarden-Paket: Das 100-Milliarden-Paket ist der absolute Minimalbedarf der Streitkräfte, um einigermaßen wieder in Schwung zu kommen - ein Starterpaket, wie Ulli Lechte sagt. Wenn wir ehrlich wären, lägen wir bei rund 300 Milliarden Euro; das müssen wir ganz klar sagen. Aber die 100 Milliarden Euro sind etwas, was auch in einer ganz interessanten Komposition aufgeteilt wird: Das größte Paket bekommt die Luftwaffe, das zweitgrößte die Digitalisierung im Querschnitt, das drittgrößte die Marine, dann folgen das Heer und dann die persönliche Ausrüstung. Und dann gibt es noch Mittel für Forschungen. Alles zusammen macht das Paket aus. Nur da die Umsetzung sehr schleppend vorangeht und wir im Rüstungsbereich 10 Prozent Inflation haben, sind in diesem Jahr aus den 100 Mrd. Euro bereits 90 Mrd. Euro geworden und vermutlich im Laufe des nächsten Jahres 82 Mrd. Euro. Wir sollten also im Hinterkopf haben, dass wir in der Beschaffung mit etwa netto 80 Milliarden Euro rechnen müssen. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir als Bundestag auch übergreifend, also auch mit Unterstützung der Union, den nächsten Bundestag erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in die Pflicht genommen haben, das 2-Prozent-Ziel zu verstetigen, dass wir also nicht jetzt schauen, wie die 100 Milliarden Euro aufgebraucht werden, und wir dann vielleicht drei Jahre lang, wenn die Aufnahmefähigkeit da ist, auf die 2 Prozent kommen, sondern wir es verstetigen. Das macht ja auch die Zeitenwende aus.

Die Zeitenwende war an den Koalitionspartner der letzten Periode gerichtet, wo eben aus dem 2-Prozent-Ziel ein 1,5-Prozent-Ziel bis 2025 gemacht wurde, bewaffnete Drohnen in eine öffentliche Debatte geschoben wurden, die immer noch nicht so richtig stattfand. Die Frage der nuklearen Teilhabe wurde verschoben. Es ist eigentlich an der Zeitenwende, dass neben dem 100-Milliarden-Paket endlich heiße Eisen geschmiedet werden. Deswegen unterstützen wir das auch, und deswegen ist auch keine große Kritik drin, weil eine Reihe von Parteien in den letzten 30 Jahren Mitverantwortung tragen - das ist vorhin sehr schön dargestellt worden -, dass die Lage so ist, wie sie ist, wie Schäuble sagen würde. - Das Thema Sondervermögen habe ich beantwortet, es aber auch in den Kontext gestellt. Ist das eine Antwort auf Ihre Fragen?

(Johannes Huber: Wunderbar! - Danke.)

Dr. Reinhard Müller: Herr Henne, die Wunschliste.

Brigadegeneral Andreas Henne: Die Wunschliste - da muss ich jetzt ehrlicherwise sagen, dass ich weder der Inspekteur des Heeres noch einer anderen Teilstreitkraft bin und auch nicht Spezialist für die Beschaffung der Bundeswehr. Aber wozu ich mich gern äußern möchte, ist die Frage, ob jetzt blanker sind als am 24. Februar, und da will ich mich ganz schlicht als Soldat äußern:

Ich hatte eingehend schon angemerkt, dass unsere Panzerhaubitzen, die Raketenwerfer, vor allem unsere „Geparde“ - gerade wenn sie auf die Raketenangriffe Russlands auf die ukrainischen Städte sehen - Hervorragendes leisten, diese Waffensysteme. Und jeder russische Panzer, der von Ukrainern in der Ukraine mit unseren Panzern oder Flugabwehrpanzern abgeschossen wird, den brauchen wir nicht mehr auf der Rechnung zu haben. Insofern ist das zwar nicht mehr hier, das Material - wir versuchen ja, in erster Linie auf Depotmaterial zurückzugreifen -, aber unser Material wirkt sich dort sehr segensreich für uns aus. Das will ich ganz klar herausstellen.

Es gibt uns aber auch die Möglichkeit, schneller in die Beschaffung neuen Geräts einzusteigen, um uns neu zu positionieren, und das machen wir eben auch mit dem 100-Milliarden-Paket, und so denke ich, dass da die richtigen Weichenstellungen vorgenommen worden sind.

Mit dem Ringtausch, den wir jetzt angestoßen haben - es sind ja die ersten 50 „Marder“ geliefert worden -, stärken wir unsere Alliierten, die direkte Grenzen zur Ukraine haben, sodass wir uns im Bündnisrahmen insgesamt dadurch straffer und stärker aufgestellt haben, als das vorher der Fall war.

Die Bundeswehr wird die Strukturen also durch neues Gerät ersetzen. Unser Gerät ist in der Ukraine, macht dort einen sehr ordentlichen Dienst. Und darüber hinaus verstärken wir auch unsere Alliierten und erhöhen da - als Abfallprodukt sozusagen - die Interoperabilität, sodass wir als Bündnis stärker dastehen. Das ist eine sehr militärische Argumentation, aber das ist der Bereich, für den ich sprechen kann.

Ich will noch ein paar andere Dinge abarbeiten: Zu 24/7 kann ich Ihnen sagen: Das territoriale Führungskommando ist nicht erst seit dem 1.10. 24/7 am Netz. Wir machen das seit Anfang 2020. 24/7 haben wir die Corona-Epidemie gefahren aus dem Kommando in Berlin, damals noch Kommando „TA“ - für territoriale Aufgaben - der Bundeswehr, auch in der Julius-Leber-Kaserne. Das ist schon so weit weg, obwohl es zeitlich noch gar nicht lange her ist, sodass mir der Begriff schon gar nicht mehr geläufig ist. Also wir machen 24/7.

Wir stellen uns, um die Frage noch einmal zu erörtern, im territorialen Bereich stärker auf. Wir werden 6 Regimenter bis 2026 mit mehr als 40 Heimatschutzkompanien aufstellen.

Das Programm „Dein Jahr für Deutschland“ ist ein Erfolg. Wir haben freiwillige Männer und Frauen, die zu uns kommen und auch bleiben wollen - und im Übrigen nicht nur 20-jährige, sondern durchaus auch ältere Jahrgänge, die sagen: Wir wollen unserem Vaterland hier einmal helfen. - Das ist eine Erfolgsstory. Diese Heimatschutzkompanien und -regimenter heißen nicht nur so, die werden auch Dinge tun. Die werden kritische Infrastruktur schützen. Wir erkunden die gerade, wir schauen, wo kritische Infrastruktur ist, arbeiten mit den Bundesländern zusammen, denn auch dort wurde natürlich erkannt, wie die Zeichen der Zeit stehen. Cyberattacken, hybride Bedrohungen sind ja nichts, was jetzt neu wäre. Im vergangenen Jahr hat es einen Cyberangriff auf den Landkreis Ludwigslust/Parchim gegeben. Auch der Landkreis Bitterfeld/Anhalt war über mehrere Wochen lahmgelegt. Wir haben mit Hilfsleistungsanträgen, die gestellt wurden, Personal zur Seite gestellt, um dieser Bedrohung Herr zu werden. Die Leute kamen dann aus dem Kommando CIR. Wir sind also dran an den genannten Themen: 24/7, ständige Ansprechbarkeit, Straffung der territorialen Strukturen und eben auch Schutz der Heimat da,

wo es erforderlich ist. Deshalb bleibe ich dabei, und ich glaube, auch General Mais hat es anders gemeint, als das hier vielleicht verstanden wird: Mit dem Blanksein ist gemeint, dass wir nicht das Material haben, das wir uns wünschten, um voll einsatzbereit zu sein, aber das Heer ist in der Lage, Aufträge zu erfüllen. - Aber da schlage ich einfach vor, dass Sie mal einen Termin mit General Mais machen. Dann kann er das erläutern.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. - Herr Kuhle mit einem Plädoyer für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, nehme ich an.

Vorsitzender Konstantin Kuhle: Schauen wir mal, wo ich am Ende mit der Wortmeldung lande. - Ich wollte ein paar kurze Fragen stellen zu dem konkreten Verhältnis Parlament und Streitkräfte, weil ich glaube, dass alle hierhergekommen sind, weil sie sich eine Verbesserung dieses Verhältnisses wünschen.

Meine erste Frage sozusagen an den, der sich da berufen fühlt: Ist zu erwarten, dass aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss bzw. der Enquetekommission zum Afghanistan-Einsatz konkrete Schlussfolgerungen gezogen werden, mit denen wir das Verhältnis von Parlament und Streitkräften irgendwie verbessern können? Es gibt viele verschiedene Gremien, in denen diskutiert wird. Was sind da die Erwartungen? - Vielleicht Herr Mölling?

Das Zweite betrifft sozusagen die personelle Verschränkung zwischen Bundeswehr und Bundestag. Es gibt ja ein spezielles Reservistenprogramm für Abgeordnete - an dem ich nicht teilgenommen habe -, wo ich mich immer gefragt habe: Wie blickt eigentlich die Bundeswehr darauf? Ist das aus Sicht der Bundeswehr überhaupt ernst zu nehmen?

Dr. Reinhard Müller: Ist Ihr Parteivorsitzender da nicht auch engagiert?

Vorsitzender Konstantin Kuhle: Nein, der ist richtiger Reservist, glaube ich. - Aber es gibt so ein Kurzprogramm.

Ich weiß einfach nicht: Soll man das machen als Abgeordneter? Soll man dafür werben? Oder ist das eher etwas, was nicht so gut ankommt? Ich weiß es einfach nicht.

Und mich würde interessieren: Wie ist es eigentlich möglich, sich als Soldat politisch zu engagieren? Ist das nicht ein Beruf, in dem es auch schwieriger ist, sich politisch zu engagieren - kann ich mir vorstellen -, Auslandseinsätze etc.?

Der letzte Punkt, weil ich Alexander Thiele sehe: Demokratie braucht ja Symbole, gemeinsame Erzählungen. Ich fand dieses Gelöbnis hier vor dem Bundestag total schön - dass wir das gemacht haben. Was können wir denn noch machen? Was für Symbole, was für Rituale, vielleicht auch im historischen und internationalen Vergleich, haben sich denn bewährt? Schlechte Symbole soll man nicht wiederholen, aber was für gute Symbole gibt es? Was kann man denn da machen?

Dr. Reinhard Müller: Herr Kiesewetter!

Roderich Kiesewetter: Erst einmal: Sehr gute Fragen und auch ein klares Bekenntnis von Konstantin Kuhle. Ich finde das spannend.

Zu den Symbolen: Ich glaube, es muss wiederkehrend sein, und ich finde es schade, dass nicht jedes Jahr ein feierliches Gelöbnis vor dem Bundestag stattfindet. Der Wechsel zwischen dem Bendlerblock und dem Reichstagsgelände ist zwar nachvollziehbar, aber ich hielte es für klug, es immer vor dem Reichstag, also vor dem Bundestag zu machen, weil es einfach symbolisch klar ist.

Man kann zusätzlich auch ein Gedenken machen, dass also junge Abgeordnete oder frisch gewählte Abgeordnete eine Tour des 20. Juli - unter Einbeziehung des Bendlerblocks - durch Berlin machen, dass das einfach dazugehört: Thema Widerstand und Demokratie.

Und umgekehrt: Wir haben vor dem Verteidigungsausschuss - auf dem Flur, wo übrigens auch der Auswärtige Ausschuss ist - eine Gedenkeinrichtung für unsere Gefallenen. Wenn sich der Bundestag hier regelmäßig träfe, auch mit den dafür relevanten Ausschüssen, und einmal im Jahr vor dem Gefallenendenkmal am Bendlerblock tagen würde - und wenn diese Tagung nur eine Ansprache wäre, aber der Platz wäre dort, weil dort ein großer Platz ist - das ist sicherlich eine Wetterfrage, aber die Soldaten müssen ja in Wind und Wetter für unser Land stehen - das Symbol dieses Gebäudes sind gebrochene Erkennungsmarken, die den gefallenen Soldaten abgenommen werden - dann dort zu stehen, hielte ich für ein Symbol, über das wir sehr klar nachdenken sollten. Wir sollten aber auch nicht zu viel machen, sondern das Wenige gut.

Sich als Soldat politisch zu betätigen: Ich muss hier ganz ehrlich sein: Als ich 1982 zur Bundeswehr ging, war ich stellvertretender Landesvorsitzender der Schülerunion Baden-Württemberg, Ortsvorsitzender der Jungen Union - was man alles so für Ämter damals hatte - und habe damit aufgehört. Und ich bin nur Abgeordneter geworden, nicht, weil ich mich während meiner Bundeswehrzeit betätigt habe. Aber ich hatte 14 verschiedene Verwendungen, und da hat man mit Familie und allem keine Zeit, sich noch politisch zu betätigen. Da hat der Dienst Vorrang. Bei mir hat man sich daran erinnert, dass ich mal politisch aktiv war; das ist eben das Glück. Und wir haben wenige Berufssoldaten, viele Zeitsoldaten im Bundestag. Deswegen haben wir hier einmal eine schöne Tradition eingeführt: die Reservistenarbeitsgemeinschaft Bundestag, wo alle, die mal bei der Bundeswehr waren - auch Kurzdienner -, sich einmal im Monat treffen. Das ist in dieser Periode nur nicht wiedereingeführt worden, weil die Nachfolge zu regeln war - es war Patrick Sensburg, der das hatte, aber nicht mehr gewählt wurde. Aber das ist ein Punkt, den wir sehr schön fortsetzen können.

Ich glaube, wir sollten dankbar sein, wenn Soldatinnen und Soldaten, die Zeit haben, sich zumindest kommunalpolitisch zu engagieren, weil die Gesichter der Soldatinnen und Soldaten endlich wieder sichtbar sind durch die Entscheidung, dass Soldaten an den Wochenenden in Uniform reisen. Plötzlich sehen wir, wie viele junge und auch ältere Soldatinnen und Soldaten an der Gesellschaft teilhaben. Aber dass die Bundeswehr es ermöglicht, sich immer wieder kommunalpolitisch zu engagieren, halte ich für ganz wichtig. - Das vielleicht zu dem Punkt.

Ich habe noch eine Sache zu General Mais. Er hat ja viel Kritik bekommen, aber wir sollten doch froh sein, dass endlich mal wieder ein General sich in seiner Dienstzeit öffentlich kritisch äußert. Zwei haben es in einer - sage ich einmal - eher staatsverachtenden Weise in den 90-er Jahren

gemacht - die Namen nenne ich nicht -, die wurden dann auch abgelöst. Und einer hat es sehr intensiv gemacht, das war General Klaus Naumann, der immer und immer wieder öffentlich als amtierender kommandierender General im ersten Korps und als amtierender Generalinspekteur das Wort ergriffen und auch Mängel beschrieben hat. Wir haben so viele Generäle, die dann hinterher alles besser wissen. Da gibt es auch welche, die kluge Sachen sagen. Aber wenn ein General Harald Kujat mit mir auf dem Podium sitzt und dann ins Publikum sagt: Wir sind uns doch alle einig: Russland ist unser wichtigster Nachbar!, und jetzt auch noch die Vergeltungsaktionen Russlands verteidigt, dann muss ich sagen: Das schießt über das Ziel hinaus. Deswegen bin ich dankbar für jeden aktiven General, der sich öffentlich äußert.

Im Übrigen: Die Generäle können nicht nur jederzeit ohne Angabe von Gründen in den Ruhestand versetzt werden, sondern die Kraft der Generalität ist es auch - das können sie natürlich nur einmal verwenden -, zu sagen: Die und die Punkte mache ich nicht mit. Ich beantrage meine Zurruheetzung! - Das ist eine Sache, wo ich auch als junger Oberst mich oft gewundert habe über die Lautstärke mancher Mitteilungen im kleinen Kreis und das Verzagtsein, wenn dann eine Ministerin oder ein Minister kam - damals waren es Minister - oder auch eine Bundeskanzlerin kam und dann alles schöngeredet wurde, was aber vor den eigenen Soldaten kritisiert worden war. Ich will hier also noch einmal eine Lanze für Zivilcourage unter der deutschen Generalität brechen, denn die können für die Oberstleutnante und Hauptfeldwebel und Stabsgefreiten den Kopf hinhalten. Die anderen können es nicht, weil sie existenziell davon abhängig sind. Deswegen bitte ich Sie auch in Ihrem Umfeld: Ermutigen Sie die Generalität zu solchen Klarheiten, wie sie General Mais, ohne die Bundeswehr letztlich zu beschädigen, geäußert hat.

Dr. Reinhard Müller: Herr General, was dürfen Sie noch sagen? - Interessant war ja: Nur kommunalpolitisches Engagement wünscht sich Herr Kiesewetter.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich glaube, es kommt auch darauf an, für welche Partei man sich ausspricht. - Herr General.

Brigadegeneral Andreas Henne: Dazu werde ich jetzt erst einmal nichts sagen. Aber zu der Frage des Abgeordneten, ob es sinnvoll ist, diese Info-Wehrübungen zu machen: Ich kann Ihnen sagen, das ist ein Heidenaufwand für die Truppe. Das ist aber nicht schlimm, weil es unheimlich gute beiderseitige Chancen gibt. Wir haben ja vorher über den Umgang des Parlaments mit der Truppe gesprochen und vice versa. Klar, Sie kriegen einen vorläufigen Dienstgrad. Sie werden aber auch vereidigt, und Sie werden feststellen, dass man innerhalb dieser einen Woche sofort Dinge über die Bundeswehr lernen kann: Kameradschaft, Respekt, Selbstdisziplin - das will ich jetzt nicht weiter einordnen.

(Heiterkeit)

Aber man kriegt halt mit, wie der Laden funktioniert, und die Soldatinnen und Soldaten sind ja nicht verdrückt, wenn die einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete sehen, sondern sagen schon, wo der Schuh drückt. Die Wehrbeauftragte wird das bestätigen können. Und da haben Sie als Abgeordnete die Chance, wirklich mal O-Ton zu hören, denn die Soldatinnen und Soldaten werden ja vorher nicht vergattert: Wenn die kommen, dann müsst ihr so und so sagen. Und die Fregatten sind immer toll, und die Flugzeuge fliegen, und die Panzer sind das Beste, was wir

haben. - Nein, die werden Ihnen schon erzählen, was los ist. Daraus entstehen auch langfristige Bindungen, einmal innerhalb der Menschen, die auf der Seite der Gäste waren, aber es entsteht auch eine Verbundenheit zu den Truppenteilen, die das ausgerichtet haben.

Ich kann Sie nur auffordern, unbedingt daran teilzunehmen. Wir machen das auch mit Vertretern aus anderen Bereichen, und dadurch gibt es ganz tolle Synergieeffekte, ganz tolle Verschränkungen, die uns allen weiterhelfen. Es ist mal nicht in Ihrem Turf hier, wo man sich trifft, sondern in unserem Turf, nämlich dann auf einem Schiff oder irgendwo im Biwak oder was weiß ich wo. Daraus ergibt sich eine gewisse Spannung. Machen Sie das also auf jeden Fall!

Dr. Reinhard Müller: Wobei sich die Frage stellt: Warum kriegen die eigentlich einen vorläufigen Offiziersrang und nicht einen Mannschaftsrang - um mal richtig die Welt kennen zu lernen?

Brigadegeneral Andreas Henne: Das hat bestimmt irgendeinen rechtlichen Gedöns-Hintergrund, nehme ich mal an. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Reinhard Müller: Besseres Essen? - Herr Paulus.

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Besseres Essen ist gut. Als ich bei der Bundeswehr war, gab es kein besseres Essen - jedenfalls im Grundsatz - für die Offiziere als für die Mannschaft, was die Franzosen bis heute nicht verstanden haben.

Aber das bringt mich zu dem Punkt, den ich hier machen wollte: Bürgerinnen und Bürger in Uniform haben selbstverständlich das Recht auf Meinungsfreiheit. Es gab früher einmal das sogenannte Sonderstatusverhältnis oder gar besonderes Gewaltverhältnis. Das gibt es alles verfassungsrechtlich zum Glück nicht mehr. Sie sind also Bürgerinnen und Bürger in Uniform und haben natürlich auch Meinungsfreiheit. Und wenn sie einen höheren Rang haben und etwas nicht stimmt, dann haben sie fast - fast, sage ich - eine Meinungspflicht, nämlich dem Vorgesetzten mitzuteilen, was schief läuft. Das ist gar nicht Zivilcourage, sondern letztlich Verpflichtung, denn sie haben auch eine Meldepflicht bei der Bundeswehr. Soldatinnen und Soldaten müssen melden, wenn was nicht stimmt, denn sonst erfährt das die Spitze nicht. Die schlimmsten Unternehmen sind diejenigen, in denen niemand etwas sagt. Dann gehen alle gemeinsam dem Untergang entgegen. Das ist nicht der Sinn der Sache. Ich würde also noch einmal eine Lanze dafür brechen.

Parteilgisches Engagement ist außer Dienst natürlich willkommen, aber im Dienst hat das natürlich nichts zu suchen. Befehle müssen befolgt werden, wenn sie rechtmäßig sind. Wir bauen auf die Bürgerinnen und Bürger in Uniform sowohl, was die Kapazitäten und Fähigkeiten angeht, als auch, was den Mut angeht, sich zu betätigen. Wir sehen doch gerade, dass das Land, das sich selbst verteidigt mit - anfänglich jedenfalls - wesentlich schwächeren Mitteln, doch gerade aus dieser Ressource seine Kraft schöpft, und die, die nicht wissen, warum und wieso sie eingesetzt sind, da Schiffbruch erleiden. Das sollte doch bestätigen, dass wir an Bürgerinnen und Bürgern in Uniform jedenfalls festhalten. - Ich habe schon einen Leserbrief geschrieben, dass es rechtmäßig ist, Bürgerinnen an der Waffe einzusetzen, als die herrschende Meinung noch ganz anders gepolt war. Das Grundgesetz wurde nicht geändert - trotzdem sind jetzt alle der Meinung, dass das selbstverständlich grundgesetzgemäß ist.

Dr. Reinhard Müller: Herr Paulus, eine Nachfrage: Plädieren Sie für die Abschaffung des beamtenrechtlichen und soldatenrechtlichen Mäßigungsgebots? Die Meinungsfreiheit, für die Karlsruhe plädiert, geht ja sehr, sehr weit. - Wir hatten jetzt einen Fall vor dem Bundesverwaltungsgericht. Das geht ja immer nach Karlsruhe. - Was war sie vorher, eine Frau oder ein Mann?

(Frau Dr. Högl: Sie war ein Mann und ist jetzt eine Frau - Frau Oberstleutnant Anastasia Biefang!)

Sie suchte im Internet, in sozialen Accounts nach einem Partner

(Frau Dr. Högl: Nicht im Internet, sondern in einem geschlossenen sozialen Netzwerk! Bei Tinder!)

- genau -, offen nach Sexualpartnern aller Art.

(Frau Dr. Högl: Ja, aber das Netzwerk ist geschlossen.)

Genau. - Aber das Bundesverwaltungsgericht hat gesagt, dass das unzulässig ist. - Mal sehen, was das Bundesverfassungsgericht sagt. - Ich wollte nur sagen: Sie haben es so dargestellt: Missstände melden, aber wir reden ja hier von Meinungsfreiheit, wie Karlsruhe sie lebt. Die ist schon sehr weit.

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Mäßigungsgebot im Beamtenrecht will ich nicht abschaffen. Das gehört ein bisschen auch zur Kameradschaft hinzu, dass man Kritik äußert, aber eben nicht mit der Tür ins Haus fällt, sondern das auf vernünftige Weise anbringt.

Über den Fall möchte ich eigentlich nichts sagen, weil ich die Akten nicht gelesen und mit den Leuten nicht gesprochen habe. Das Bundesverwaltungsgericht hat das unter Umständen, wenn es eine mündliche Verhandlung gab, getan. Das Bundesverfassungsgericht macht in solchen Fällen normalerweise keine, könnte es aber machen.

Grundsätzlich gesehen haben natürlich auch Soldatinnen und Soldaten ein Recht auf Privatleben und dürfen da auch ihre sexuelle Identität oder Orientierung ausleben, solange es ihrer Dienstfähigkeit nicht schadet, und das ist ja das, worüber dann entschieden werden muss. Da kommt es auf so viele Details an, dass ich, wie gesagt, ohne den vollständigen Sachverhalt zu kennen, hier keine Prognose abgebe. Wie gesagt: Zur Freiheit im Privatleben gehört eben das gesamte Privatleben.

Dr. Reinhard Müller: Genau. - Darum ging es auch, glaube ich, weniger.

Ich hätte noch eine Frage - Herr Kuhle hat ja tausend Fragen gestellt, aber die sind, glaube ich, beantwortet: Morgen erscheint in der „FAZ“ ein Beitrag von Dr. Wolfgang Schäuble, der sagt: Mit etwas mehr Mut könnten Polen, Deutschland und Frankreich ihre Streitkräfte komplett zusammenlegen und unter einen gemeinsamen Befehl stellen. - Und auch die FDP fordert ja eine europäische Armee, gerade um die Einigung voranzutreiben. Ich frage mich: Parlament und Streitkräfte - wie soll das eigentlich gehen, wenn wir sozusagen den zweiten Schritt vor dem ersten machen, wenn wir womöglich Streitkräfte fusionieren und dann vor der Frage stehen:

Wer entscheidet dann eigentlich über Leben und Tod, über den Einsatz? Das europäische Parlament? Ausschüsse von allen drei Parlamenten? - Herr Mölling, vielleicht im Sinne einer abschließenden Äußerung?

Dr. Christian Mölling: Ja, das passt sozusagen zu der Aufgabenstellung, die Herr Kuhle mir auch gegeben hat, denn das verweist ja auf einen Prozess, den wir in Deutschland schon gehabt haben mit der Rüge-Kommission, wo man genau die besondere Aufgabe des Bundestages als sozusagen befehlende und bewilligende Instanz für Bundeswehreinätze im europäischen Kontext thematisiert hat. Das ist leider nicht zu einem guten, konstruktiven Ende gekommen, da bestimmte Beteiligte das in diese Richtung nicht treiben wollten. Gleichzeitig - das ist das Interessante - sind das teilweise die Leute, die am lautesten für eine europäische Armee sprechen. Wir haben hier das klassische „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“. Es muss alles sozusagen nach deutscher Idee funktionieren. Wenn wir daran festhalten, werden wir auch auf dieser Ebene nicht führen. Das ist ganz klar. Dann sind wir Blockade. Das bedeutet, dass immer dann, wenn Krieg nicht mehr theoretisch bleibt, sondern praktisch wird, unsere Partner nicht mit uns planen, weil sie nämlich für eine Lücke planen müssten, sie wissen ja nicht: Kommen die Deutschen oder kommen die nicht? - Das kann die Bundesregierung nicht zusagen. Die Bundesregierung kann nicht zusagen, dass wir kommen. Von daher müssen die anderen sagen: Ja, okay, ob die Deutschen kommen oder nicht - ich kann mir nicht leisten, eine Lücke zu haben, also muss ich im Grunde hier eine Duplizierung machen, muss ich mehr Streitkräfte haben, als ich unter Effizienzkriterien haben müsste.

Sie hatten die Enquetekommission und den Untersuchungsausschuss angesprochen. Beide befassen sich mit Afghanistan. Beide werden in der Konstellation zwischen Regierung und Opposition, glaube ich, in gewisser Weise nicht zerrieben, aber zu nicht wahnsinnig viel führen. Die Dynamiken in solchen Geschichten kennen Sie, glaube ich, viel besser als ich, weil Sie im parlamentarischen Alltag unterwegs sind.

Es ist für die Enquetekommission gerade sehr schade, weil eine Enquetekommission eigentlich sehr weit in die Zukunft schauen könnte. Wenn ich mir aber nur den Fall Afghanistan betrachte, dann schaue ich gar nicht mehr in das Krisenmanagement, wie wir es heute eigentlich betreiben. Von daher sind die Lehren, die man aus Afghanistan ziehen kann, teilweise schon gezogen und zum Beispiel in Operationen wie im Irak umgesetzt.

Von daher ist auch diese Kommission etwas, wo ich denke: Das wird wahrscheinlich nicht zu wahnsinnig viel führen. Die Frage ist, ob der Bundestag sich nach dem Erscheinen der Nationalen Sicherheitsstrategie ein eigenes Mandat oder eine eigene Enquetekommission gibt, die sagt: Wir wollen uns hier selber ein Bild verschaffen und machen eine Enquetekommission Verteidigung - oder sonst irgendetwas -, womit sich das Parlament eine eigene Beurteilungs- und Analysefähigkeit für diese Themen im Grunde genommen schafft, gar nicht in Konkurrenz zur Regierung, aber sagt: Für dieses wichtige Thema - auch unter der Voraussetzung, dass wir eine Zeitenwende haben - muss sich auch dieses Parlament in eine Zeitenwende versetzen. Vielleicht ist das ein souveräner Aufschlag eines Parlaments, sich ein eigenes Lagebild zu verschaffen, auch über die Zukunft.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. - Frau Högl, Sie haben sich gerade bewegt beim Thema europäische Armee - Bundestag. Der Bundestag könnte seine Zustimmung negieren?

Dr. Eva Högl: Ja, das ist natürlich der Klassiker, dass das Parlament immer als hinderlich und das Verfahren verlängernd dargestellt wird. Das kennen wir ja aus allen Debatten, in denen es um den Parlamentsvorbehalt geht. Das sehe ich absolut anders. Ich glaube, das sehen auch einige hier im Raum anders, denn das Parlament kann sehr schnell und sehr konsequent, sehr zügig, sehr klar entscheiden, und das tut es auch. Wir haben ja jetzt auch Parlamentsbefassung vor europäischen Debatten. Das ist also gut eingeübt, und Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind sich immer ihrer Verantwortung bewusst und können das, wie gesagt, sehr zügig machen.

Und wenn wir die Konstellation noch einmal aufgreifen, die Sie, Herr Dr. Müller, angesprochen haben, zum Beispiel Frankreich, Polen und Deutschland, dann könnte man darüber nachdenken, dass alle drei Parlamente darüber befinden. Oder wir sagen: Nur wir haben einen Parlamentsvorbehalt. Dann machen es nur wir, und in den anderen Ländern entscheiden die Regierungen. - Da kann man sich viele Varianten vorstellen. Das sollte jedenfalls kein Grund sein, die Gedanken in Richtung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht voranzutreiben. Das Parlament ist am wenigsten hinderlich bei diesen Überlegungen.

Dr. Reinhard Müller: Herr Paulus, wäre es denkbar, dass das Parlament, dass der Bundestag sich sozusagen seines Rechts ganz bewusst in der eigenen Entscheidung teilweise begibt, indem er sagt: Das Europäische Parlament - in dem auch deutsche Abgeordnete sitzen - entscheidet über den Einsatz der europäischen Streitkräfte, an denen deutsche Soldaten beteiligt sind?

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Das hängt davon ab. Wenn es europäische Streitkräfte gäbe, die als europäische Soldaten sozusagen eingestellt sind, dann müsste der Bundestag nicht zustimmen. Bei der Fremdenlegion, wo auch ehemalige deutsche Soldaten tätig sind, muss er auch nicht zustimmen. Aber das ist ja völlig theoretisch. Praktisch gesehen wären es Kontingente, die die nationalen Armeen zur Verfügung stellen, und da müsste das Parlament zustimmen. Und ich muss alle enttäuschen: Die Parlamentsbeteiligung steht nicht zur Disposition. Man müsste das Grundgesetz abschaffen, wenn man das wollte. Wenn man das will, dann kann man das - da bin ich so optimistisch wie Frau Högl - schaffen. Man kann mit den Parlamentariern auch vorher reden. Es ist ja nicht so, dass in der jetzt 25- oder 30-jährigen Praxis bisher ein Einsatz wegen der Bockigkeit des Parlaments nicht zustande gekommen wäre. Nur müsste das Parlament in die Planung einbezogen werden. Knall auf Fall wird da nichts eingesetzt. Es sei denn, es geht um die unmittelbare Selbstverteidigung; dafür gibt es andere Planungen, da muss das Parlament auch gar nicht gefragt werden. Das ist also möglich.

Und es ist auch eben nicht so, dass durch die Lissabon-Entscheidung in irgendeiner Weise einer Europäisierung ein Riegel vorgeschoben worden ist, außer: Wenn deutsche Soldaten als solche zur Verfügung gestellt werden, brauche ich eine Parlamentsentscheidung. Und dazu gibt es ja auch noch nach jetzigem Recht und vom Bundesverfassungsgericht gebilligt eine Eilbestimmung. Man könnte sogar, wenn man wollte, die Parlamentsbeteiligung da eher noch ausweiten, indem man dann einem Ausschuss diese Möglichkeit gibt. Das ist aber nur ein sehr unvollständiger Ersatz, denn was die Parlamentsbeteiligung will, ist die öffentliche Debatte und die Einbeziehung des Parlaments und nicht sozusagen ein Hinterhofdeal; mit dem ist keinem gedient.

Dr. Reinhard Müller: Man könnte also europäische Soldaten - vorausgesetzt, dass es eine europäische Armee gibt - sozusagen umtaufen?

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Das könnte man, aber ich glaube nicht, dass das irgendjemand will.

Dr. Reinhard Müller: Okay. - Herr Mölling.

Dr. Christian Mölling: Genau - da würde ich dann doch noch mal etwas sagen; zum Ende hin wird es immer spannend. Das ist gut; jetzt kommen wir zum wirklich interessanten Kern:

Es geht nicht um die Einsatzentscheidung selbst. Da gebe ich Ihnen total recht. Der Bundestag hat das bislang nie verhindert. Es geht darum, dass europäische Streitkräfte ja im Prinzip total sinnvoll sind, weil sie effizienter sind, wenn die, die dann später zusammen kämpfen, auch vorher zusammen ausbilden, auch an gemeinsamem Material etc. arbeiten. - Wir können aber nicht zusagen, dass diejenigen, die zusammen trainieren, später auch zusammen in den Einsatz gehen, weil die Einsatzentscheidung ja eine abgekoppelte ist von der Entscheidung: Ich entsende deutsche Kontingente in eine multinationale Struktur. - Das ist das Problem.

Wir haben das in der Vergangenheit auch immer nur unter dem Aspekt der Auslandseinsätze diskutiert. Wenn wir jetzt in einem Bündnisverteidigungsthema drin sind, dann wird das noch um einiges gravierender. Daher kommt die Lücke. Und wenn Sie unsere Partner fragen, dann sagen die: Ja, im Prinzip würden wir das gerne machen. Aber weil ihr den Parlamentsvorbehalt habt - auch wenn die Einsätze alle beschlossen worden sind -, ihr gebt uns ja - das ist damals unter dem Begriff des Vorratsbeschlusses diskutiert worden - keine Garantie, dass ihr in diesem Falle kommt, (können wir das nicht tun). - Denn das würde ja die Souveränität des Parlaments zur Einzelfallentscheidung in der Situation untergraben. Das kann ich alles total verstehen, ist aber eine schwierige Situation.

Prof. Dr. Andreas L. Paulus: Aber Herr Mölling, auch im Ausland ändern sich politische Zustände und werden deswegen Dinge, die Soldaten versprochen worden sind, wieder zurückgezogen. Auf der anderen Seite: Welche konkreten Soldaten eingesetzt werden, entscheidet nicht das Parlament, sondern entscheidet die Kommandostruktur der Bundeswehr. Welche Einheit da geschickt wird, ist keine Entscheidung des Parlaments.

Ich hatte vorhin ja schon angedeutet: Da muss man sich das Parlamentsbeteiligungsgesetz vielleicht noch einmal angucken, die Rürup-Kommission wollte das. Dass das Parlament jede Einzelheit des Einsatzes mitbestimmt - so ist das ursprünglich nicht gedacht gewesen; das steht jedenfalls nicht im Grundgesetz. Wenn es da Probleme gibt, kann man die lösen, muss man die vielleicht sogar gesetzlich lösen. Das Gesetz steht unter der Verfassung. Insofern könnte man da noch mal rangehen - aber wenn es Probleme gibt und nicht, wenn man jetzt sozusagen zusätzliche Probleme schafft.

Letzter Punkt: Vorratsbeschluss. Es gab ja beim Kosovo-Einsatz einen Beschluss, den noch das alte Parlament gefällt hat, und dann wurde mehrere Monate später die Bundeswehr eingesetzt, und das aktuelle Parlament hat dem nicht zugestimmt. Ich finde, das war ein ganz schlechtes Beispiel, denn natürlich lebt Demokratie vom Wechsel, das heißt aber auch, dass die präsenten Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Einsätze der Bundeswehr verantworten müssen,

und da kann man sich nicht auf einen Vorratsbeschluss eines alten Parlaments zurückziehen. Ich glaube, da sind wir einen Schritt weiter, und das ist auch gut so.

Dr. Reinhard Müller: Vielen Dank. - Das Lissabon-Urteil kann sich ja auch mal ändern, eine veränderte Zusammensetzung des Senats - aber darüber wollen wir hier nicht spekulieren.

Letztes Wort, Herr General. Ich wollte noch auf die internationalen Verflechtungen zurückkommen. Sie wollten ja keinen Wunsch zur Beschaffung äußern. Aber wenn Sie einen Wunsch - wir haben über Meinungsfreiheit gesprochen - freihätten: Was wäre der?

Brigadegeneral Andreas Henne: Wenn ich jetzt nichts sage, würde man daraus schließen, dass ich wunschlos glücklich wäre.

(Vereinzelt Heiterkeit)

So weit gehe ich nicht. - Wir haben aufgezeichnet, wo Verbesserungen notwendig sind. Ich wünsche mir, dass die Bundeswehr sich in der Effizienz steigert, dass wir die Ausrüstung bekommen, die wir benötigen, um unsere Aufträge zu erfüllen. Und ich wünsche mir tatsächlich, dass in bestimmten Grenzbereichen die Notwendigkeit der Verteidigung gegebenenfalls über zivile Vorgaben gestellt wird, zumindest, dass wir da in eine gesunde gleichberechtigte Konkurrenz treten, denn die Verteidigung der Freiheit - ich glaube, das haben wir alle erkannt - ist notwendig, und man muss dafür auch im eigenen Land Opfer bringen. Die müssen auch abverlangt werden, die müssen nicht schwierig sein, aber wenn wir über Umweltauflagen auf Übungsplätzen sprechen - ich meine jetzt nicht, dass wir das Öl irgendwo ablassen oder so etwas -, aber dass es eben durchaus mal sein kann, dass ein Reh oder ein Hirsch den Gefechtslärm etwas länger ertragen muss, als das bisher der Fall war.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Davon dürfen wir uns nicht ausbremsen lassen.

Das andere, was ich mir wünsche - das ist auch mehrfach angeklungen -, ist, dass wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden als das, was wir sind: Staatsbürger in Uniform. Da hat uns übrigens Corona auch super geholfen. Wir waren in Bereichen, in die wir nie gekommen wären. Wir haben mit Menschen gesprochen, mit denen wir nie gesprochen hätten, nämlich im Gesundheits- und Sozialwesen. Da sind Freundschaften entstanden. Ich habe Soldaten aus dem Wachbataillon hier in Berlin, die nach ihrer Bundeswehrzeit gleich in Berlin in den Gesundheitsämtern angefangen haben. Das hat uns geholfen. Ich wünsche mir, dass das fortgesetzt wird und - wie gesagt - dass wir genau wie die Kameradinnen und Kameraden, die - naja, es sind nicht so viele Kameradinnen - jetzt in der Ukraine kämpfen, als die Verteidiger unserer Werte und unserer Freiheit gesehen werden, denn das sind wir.

Und niemand von uns hat die Absicht, hier irgendeinen Staatsstreich oder sonst irgendwas vorzunehmen. Wer uns das unterstellt, der hat die letzten 65, 70 Jahre der Entwicklung der Bundeswehr nicht nachvollzogen. Wir sind an der Seite der Bürgerinnen und Bürger und damit auch an der Seite der gewählten Vertreterinnen und Vertreter dieser Bürger. Wir sind eine echte Armee in der Demokratie.

Dr. Reinhard Müller: Als Feldjäger habe ich das besonders gern gehört. Danke auch für die Beiträge und die vielen Diskussionsanregungen - wir können nicht alles abschließend beantworten - und auch die Anregungen von Ihnen - zu den Steinen, die wir ins Wasser werfen konnten, die, glaube ich, teilweise auch Folgen haben werden.

Ganz herzlichen Dank allen Beteiligten und einen schönen Abend!

(Beifall)

Vorsitzender Konstantin Kuhle: Weil sich der Moderator nicht selber danken kann, möchte ich Ihnen, lieber Herr Dr. Müller, ganz herzlich für die kenntnisreiche und kritische Moderation danken. So muss das sein. Vielen Dank an Sie, vielen Dank an das gesamte Podium!

Füllen Sie alle fleißig die Mitgliedsanträge aus! Einen schönen Abend! Bis bald! Auf Wiedersehen!

Ende: 21:32 Uhr
